

Rechtsextremismus

2. Rechtsextremismus

2.1	Mitglieder-Potenzial.....	34
2.2	Einführung	35
2.3	Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus	38
2.4	Subkulturell geprägte Rechtsextremisten / Rechtsextremistische Musikszene	45
2.5	Neonazistische Szene.....	59
2.6	Identitäre Bewegung Deutschland (IBD).....	72
2.7	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	82
2.8	Die Rechte.....	93
2.9	Europäische Aktion (EA)	101
2.10	Freistaat Preußen / Stimme des Reiches (SdR).....	110
2.11	Verein Gedächtnisstätte e. V.	118
2.12	Immobilien­geschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund	122

2.1 Mitglieder-Potenzial³

Rechtsextremismus Potenzial Bundesrepublik Deutschland	2015	2016
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten ⁴	8.200	8.500
Neonazistische Szene ⁵	5.800	5.800
Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)	300	300
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	5.200	5.000
Die Rechte	650	700
Bürgerbewegung pro NRW	500	500
Der III. Weg	300	350
Sonstige Organisationen	2.900	3.200
Summe	23.850	24.350
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften ⁶	22.600	23.100
Davon gewaltbereite Rechtsextremisten ⁷	11.800	12.100

3 Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

4 Berücksichtigt werden wie bisher rechtsextremistische Skinheads und Straftäter. Die meisten Szeneangehörigen sind nicht in Gruppen organisiert. In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

5 Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene. Bei der Anzahl der Gruppen werden nur diejenigen neonazistischen Gruppierungen und diejenigen Kameradschaften erfasst, die ein gewisses Maß an Organisation aufweisen.

6 Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen rechtsextremistischen Organisationen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen.

7 Aufgrund des Wandels innerhalb der rechtsextremistischen Szene wird die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten seit 2010 gesondert ausgewiesen.

Rechtsextremismus Potenzial Niedersachsen ⁸	2015	2016
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	600	600
Neonazistische Szene ⁹	280	280
Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)	50	50
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	370	350
Die Rechte	50	40
Sonstige Organisationen	105	100
Summe	1.455	1.420
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	1.325	1.325
Davon gewaltbereite Rechtsextremisten ¹⁰	930	900

2.2 Einführung

Eine in sich geschlossene rechtsextremistische Ideologie gibt es nicht. Vielmehr werden mit dem Begriff Rechtsextremismus Ideologieelemente erfasst, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Stoßrichtung der weltanschaulichen Überzeugung von einer Ungleichwertigkeit der Menschen Ausdruck verleihen. Zu nennen sind im Einzelnen:

- Aggressive menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Rassismus,
- Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben,
- Überhöhung des eigenen Volkes bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen und Völker (Nationalismus),

8 Die für den Bund eingefügten Fußnoten 4 bis 7 gelten entsprechend auch für Niedersachsen.

9 Seit 2010 wird der gewaltbereite Anteil der Neonazis komplett mitgezählt.

10 In der Gesamtzahl sind auch gewaltbereite Neonazis und NPD-Mitglieder enthalten.

- Vorstellung einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft (Volksgemeinschaftsdenken),
- Individualrechte verneinendes, dem Führerprinzip verpflichtetes Kollektivdenken (völkischer Kollektivismus),
- Behauptung „natürlicher“ Hierarchien (Biologismus),
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus),
- Ablehnung demokratischer Regelungsformen bei Konflikten,
- Übertragung militärischer Prinzipien auf die zivile Gesellschaft (Militarismus),
- Geschichtsrevisionismus (Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus),
- Ethnopluralismus (Forderung nach strikter räumlicher und kultureller Trennung verschiedener Ethnien).

Fremdenfeindlichkeit

Die Ideologieelemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind die zentralen Begriffe des Rechtsextremismus. Mit „fremdenfeindlich“ wird die Ablehnung all dessen bezeichnet, was als fremd bewertet und aus der Gesellschaft ausgegrenzt wird. Die Merkmale variieren: Ausländer, Juden, Muslime und Obdachlose können ebenso Opfer fremdenfeindlicher Ablehnung und Aggression werden wie Menschen mit Behinderungen und Homosexuelle. Fremdenfeindliche Positionen sind bei jeder rechtsextremistischen Organisation nachweisbar; sie bilden das Grundelement rechts-extremistischen Denkens.

Rassismus

Die in Deutschland gebräuchliche Verwendung des Begriffes Rassismus nimmt Bezug auf die Rassenideologie des Nationalsozialismus, die die „Selektion“ und Vernichtung von Millionen Menschen biologisch begründete. Rassisten leiten aus den genetischen Merkmalen der Menschen eine naturgegebene soziale Rangordnung ab. Sie unterscheiden zwischen „wertvollen und minderwertigen menschlichen Rassen“.

Antisemitismus

Der Antisemitismus tritt im Rechtsextremismus in verschiedenen Varianten in Erscheinung. Antisemitische Positionen werden sowohl religiös als auch kulturell und rassistisch begründet. Häufig korrespondieren sie mit verschwörungstheoretischen Ansätzen. Vor dem historischen Hintergrund der systematischen Judenvernichtung durch den Nationalsozialismus (Holocaust¹¹) sind antisemitische Einstellungsmuster ein Gradmesser für die Verfestigung eines rechtsextremistischen Weltbildes. Sie zeugen von ideologischer Nähe zum historischen Nationalsozialismus und treten häufig in Verbindung mit reversionistischen Positionen auf. Antisemitische Positionen sind ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Organisationen.

Neonazismus

Der Begriff Neonazismus, eine Abkürzung für Neo- oder neuer Nationalsozialismus, der häufig fälschlicherweise als Synonym für Rechtsextremismus verwendet wird, steht für Bestrebungen, die sich weltanschaulich auf den historischen Nationalsozialismus beziehen. Hierzu zählen in erster Linie die neonazistischen Kameradschaften und Organisationen wie die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG). Innerhalb der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) ist der neonazistische Flügel ständig stärker geworden, seitdem sich die Partei gegenüber Freien Nationalisten geöffnet hat. Ausdruck dieser Entwicklung sind die Eintritte zahlreicher führender Protagonisten der Neonaziszene, die zudem Führungsämter in der NPD übernommen haben.



Faschismus

Die ebenfalls als Synonym für rechtsextremistische Bestrebungen verwendeten Begriffe faschistisch oder neofaschistisch sind in zweifacher Hinsicht ungeeignet. Zum einen handelt es sich um Kampfbegriffe aus den Zeiten des Kalten Krieges, mit denen die Bundesrepublik Deutschland von der DDR in die Tradition des Nationalsozialismus gerückt worden war. Zum anderen verbindet sich mit diesen Begriffen die Vorstellung vom italienischen Faschismus

¹¹ Der Begriff bedeutet Massenvernichtung (vom griech. holocaustos = „völlig verbrannt“).

Mussolinis, der als antidemokratische Bewegung ohne Rassismus vom deutschen Nationalsozialismus erheblich abwich.

Geschichtsrevisionismus

Der Begriff Geschichtsrevisionismus bezeichnet die Leugnung oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Revisionistische Positionen sind in unterschiedlicher Ausprägung bei nahezu allen rechtsextremistischen Organisationen nachweisbar. Sie sind ideologisches Bindeglied zwischen den verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus und zugleich ein wichtiges Element der historischen Identitätsstiftung. Der Revisionismus will den historischen Nationalsozialismus zumindest tendenziell rehabilitieren und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland delegitimieren.

2.3 Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus

Zwei Themenkomplexe bestimmten im Jahr 2016 die mediale Wahrnehmung des Rechtsextremismus: das Verbotsverfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht und das unverändert hohe Niveau rechtsextremistisch motivierter Kriminalität (PMK – rechts, siehe Kapitel 11.1) vor dem Hintergrund der 2015 deutlich angestiegenen Anzahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Für das Hauptverfahren in Sachen NPD-Verbot hatte das Bundesverfassungsgericht vom 01. bis zum 03.03.2016 drei Verhandlungstermine anberaumt. In seinem Urteil vom 17.01.2017 bestätigte das Bundesverfassungsgericht vollumfänglich die im Antrag des Bundesrats belegte Verfassungsfeindlichkeit der NPD – insbesondere hob es die Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus hervor. Es sprach aber kein Verbot der Partei aus, weil die NPD über eine nur geringe Wirkkraft in die Gesellschaft verfüge. Mit diesem Urteil schuf das Bundesverfassungsgericht neue Voraussetzungen für künftige Parteiverbotsverfahren. Im Rahmen der Urteilsverkündung hat das Bundesverfassungsgericht jedoch die Möglichkeit

eingerräumt, verfassungsfeindliche Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen. Auf Initiative des Landes Niedersachsen wurde im März 2017 im Bundesrat eine hierfür erforderliche Änderung des Grundgesetzes angeregt.

Am Beispiel der NPD, deren Mitgliederzahl 2016 auch infolge des Verbotsverfahrens ein weiteres Mal von 370 auf 350 Mitglieder sank, lässt sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Strukturwandel des Rechtsextremismus in Niedersachsen nachvollziehen. Rechtsextremistische Parteien haben ihren die Szene prägenden Charakter verloren. Dies gilt sowohl für den organisatorisch ausgezehrten Landesverband der NPD, der landesweit öffentlich kaum noch präsent ist, als auch für die Partei Die Rechte, deren ohnehin geringe Mitgliederzahl 2016 von 50 auf 40 abgenommen hat. Die Partei Der III. Weg verfügt in Niedersachsen nur über Einzelmitglieder. Ihre organisatorischen Schwerpunkte befinden sich in den süd- und ostdeutschen Bundesländern.

Im Vergleich zu früheren Zeiten, als Kameradschaften und Kooperationen von Neonazis mit der NPD die Szene kennzeichneten, ist der neonazistische Bereich des Rechtsextremismus, dem unverändert 280 Personen zugerechnet werden, zunehmend strukturloser geworden. Der bereits in den letzten Jahren beschriebene Trend zu temporären und anlassbezogenen Kooperationen über regionale Räume hinweg setzte sich fort. Solche Formen des Zusammenwirkens erfolgen zum Teil aus einer Zwangssituation heraus, weil die örtlichen Strukturen für öffentlichkeitswirksame Aktionen in einigen Regionen Niedersachsens mittlerweile zahlenmäßig zu schwach sind. Die in diesem Zusammenhang bereits seit längerem zu beobachtende Vermischung der neonazistischen mit der subkulturellen Szene setzte sich 2016 fort. Dies erschwert eine trennscharfe Verwendung der Begrifflichkeiten. Der Rechtsextremismus ist infolgedessen mit den bislang verwendeten Kategorien immer weniger erfass- und beschreibbar. Die Verfassungsschutzbehörden stehen deshalb vor der Herausforderung einer Neufassung des Kategoriensystems.

Das Wesenselement des subkulturellen Bereichs, der wie im Vorjahr 600 Personen umfasst, ist die rechtsextremistische Musik. Konzerte und Liederabende fördern den Zusammenhalt in der Szene; die Liedtexte transportieren via Internet rassistische Botschaften über die rechtsextremistische Szene hinaus in die Gesellschaft. Von der

ungebrochenen Attraktivität der rechtsextremistischen Musik zeugt ein Konzert am 15.10.2016 in der Schweiz, zu dem sich mehr als 5.000 Szeneangehörige einfanden. Im Mittelpunkt des Interesses stand die enthusiastisch gefeierte niedersächsische Band Stahlgewitter. Das generalstabsmäßig geplante und durchgeführte Konzert offenbarte einen über die Staats- und Ländergrenzen hinausreichenden Szenezusammenhang. Unter den Besuchern befanden sich auch zahlreiche Teilnehmer aus Niedersachsen. Niedersachsen selbst ist kein Schwerpunktland rechtsextremistischer Musikveranstaltungen. Die Sicherheitsbehörden haben in den letzten Jahren nur wenige – und wenn kleinere – Veranstaltungen dieser Art registriert. Diese erfreuliche Entwicklung ist nicht zuletzt auf das konsequente Gegensteuern der Sicherheitsbehörden zurückzuführen. Die Verbreitungswege über das Internet machen aber vor den Grenzen Niedersachsens nicht halt. Die Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Musik, mit ihren Inhalten, ihrer Wirkung und ihren Verbreitungswegen, wird deshalb weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Verfassungsschutzarbeit sein.

Mit provokanten Aktionen – besonders spektakulär die Besetzung des Brandenburger Tores – rückte die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) in den Blickpunkt medialer Aufmerksamkeit. Unter den Teilnehmern der Besetzungsaktion befanden sich auch Mitglieder der IBD aus Niedersachsen, die häufig überregional in Erscheinung treten. Die IBD gehört nicht zum neonazistischen Bereich des Rechtsextremismus. Vielmehr orientiert sie sich an den Theorien der Neuen Rechten, die ihrerseits auf die Denker der Konservativen Revolution aus den Anfangsjahren der Weimarer Republik zurückgreifen. Der von der IBD verfochtene ethnopluralistische Ansatz zielt auf eine strikte Trennung der Ethnien und damit auf eine Homogenisierung der Gesellschaft in völkischem Sinn. Die mit diesem kulturkämpferischen theoretischen Konstrukt verbundenen islamfeindlichen und gegen Flüchtlinge und Einwanderer gerichteten Positionen erweisen sich als anschlussfähig gegenüber den Forderungen rechtspopulistischer Organisationen und damit als gesellschaftlich wesentlich besser vermittelbar als die Ziele neonazistischer Personenzusammenschlüsse. Vor diesem Hintergrund scheint es möglich, dass die IBD den theoretisch eher defizitären rechtspopulistischen Strömungen und Organisationen zumindest in Teilen einen ideologischen Orientierungsrahmen gibt.

Eine besondere Rolle für die Selbstinszenierung der IBD als Tabubrecher kommt dem Internet zu. Videos von den diversen Aktionen werden umgehend auf verschiedenen Internetplattformen eingestellt und erreichen auf diese Weise einen großen Verbreitungskreis. Diese einem allgemeinen gesellschaftlichen Trend folgende Form der politischen Propaganda lässt seit einigen Jahren die traditionellen Methoden rechtsextremistischer Werbung in den Hintergrund treten. Zu den Vorreitern dieser Entwicklung in Niedersachsen gehörte die inzwischen verbotene Gruppierung Besseres Hannover.

Das Internet wird nicht nur als Verbreitungsmedium für rechtsextremistische und rechtspopulistische Propaganda genutzt, es ist auch ein Ventil für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Etliche Internetpräsenzen sind in zum Teil erschreckendem Ausmaß Plattformen für rassistischen Hass und Vernichtungsphantasien. Die vom Verfassungsschutz erhobenen Potenzialzahlen, die politische Bestrebungen und nicht die Einstellungsebene erfassen, bringen dies nicht zum Ausdruck. Nachhaltige Präventionsarbeit aber muss bereits an dieser Stelle ansetzen, denn die in der Gesellschaft verbreiteten, durch die Wirkmechanismen des Internets multiplizierten Ressentiments bilden den Nährboden für den Erfolg rechtsextremistischer Organisationen. Die Gefährdungslage wächst, wenn es rechtsextremistischen Organisationen gelingt, menschenfeindliche Einstellungen zu ideologisieren oder wenn Einzelpersonen oder kleine Gruppen sich zum Vollstrecker eines vermeintlichen Volkswillens machen. Solche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, wie im Fall der Oldschool Society, ist eine vordringliche Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden.

Übergriffe auf Asylbewerber und Flüchtlinge, insbesondere aus muslimischen Ländern, bewegten sich weiterhin auf hohem Niveau. Soweit sie ermittelt wurden, haben die meisten Täter keinen rechtsextremistischen Vorlauf. Motivleitend ist in diesen Fällen eine fremdenfeindliche Einstellung oder Hass und nicht die Absicht, ein politisches Ziel zu verwirklichen. Hieraus erklärt sich die Diskrepanz zwischen der Entwicklung der rechtsextremistischen Potenzialzahlen und der Entwicklung der rechtsextremistisch motivierten Kriminalität. Ausgangspunkt für Präventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus ist eine Gesamtbetrachtung unter Einbeziehung beider Bereiche.

Als Fazit für das Jahr 2016 kann festgehalten werden, dass sich die Zunahme der rechtsextremistischen Deliktzahlen und die fremdenfeindliche Stimmung in Teilen der Gesellschaft nicht in dem Maße auf den organisierten Rechtsextremismus ausgewirkt hat, wie es hätte erwartet werden können. Offensichtlich werden die Ressentiments gegenüber Flüchtlingen, Asylbewerbern und Einwanderern derzeit durch eine breite rechtspopulistische Strömung kanalisiert. Zu beobachten sein wird, inwieweit rechtspopulistische Organisationen unter rechtsextremistischen Einfluss geraten oder aus sich selbst heraus rechtsextremistische Positionen entwickeln. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Nutzung des Internets für Werbung, Propaganda und Kommunikation nicht irreversible Folgen für das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus hat. Die Entwicklung deutet darauf hin, dass sich die gewohnten Organisationsformen überlebt haben und einer neuen Unübersichtlichkeit gewichen sind. An die Stelle fester Organisationen treten zunehmend anlassbezogene Aktionsformen von nur temporärer Bestandsdauer. Der Versuch, Deutungsmacht zu erringen, erfolgt verstärkt über manipulative Propaganda im Internet. Im gleichen Maße, wie diese Entwicklung voranschreitet und wie sich rechtsextremistische und rechtspopulistische Positionen vermischen, werden die Verfassungsschutzbehörden ihren Fokus neu ausrichten müssen.

Thematisch steht die Agitation gegen Flüchtlinge und Asylbewerber im Mittelpunkt der rechtsextremistischen Aktivitäten. Vor dem Hintergrund gestiegener Einwanderungszahlen wird das Szenario einer Überfremdung und Islamisierung Deutschlands entworfen. Häufig wird eine existentielle kulturkämpferische Auseinandersetzung mit dem Islam heraufbeschworen. In den Hintergrund gerückt sind demgegenüber geschichtsrevisionistische Themen, die noch vor einigen Jahren das rechtsextremistische Demonstrationsgeschehen prägten. So fand der von Neonazis organisierte sogenannte Trauermarsch in Bad Nenndorf 2016 erstmals nicht statt. Hierin spiegelt sich neben einer allgemein zu konstatierenden Mobilisierungsschwäche der neonazistischen Szene in Niedersachsen auch die nachlassende Attraktivität des thematischen Anlasses wider. Diese Entwicklung bedeutet nicht, dass geschichtsrevisionistische Thesen keine Bedeutung mehr für das Selbstverständnis der rechtsextremistischen Szene haben. Zeitzeugenvorträge von Vertretern der Erlebnisgeneration finden

nach wie vor großen Zuspruch. Überdies ist die Auseinandersetzung mit geschichtsrevisionistischen Thesen im Internet im Zeitalter sogenannter fake news ein nicht zu vernachlässigender Bereich der Präventionsarbeit.

Reichsbürger und Selbstverwalter

Der von den Medien zumeist verwendete Begriff Reichsbürgerbewegung ist irreführend. Er suggeriert ein einheitliches Phänomen mit einer gemeinsamen politischen Zielsetzung. Vielmehr aber handelt es sich um eine äußerst heterogene Erscheinung. Sie umfasst autark handelnde Einzelpersonen und Gruppierungen, die sich zum Teil deutlich voneinander unterscheiden. Das Spektrum reicht von esoterisch geprägten Gruppierungen, über völkisch-traditionalistische Gruppen bis zu rechtsextremistisch ausgerichteten Zusammenschlüssen. Die Verfassungsschutzbehörden haben sich auf folgende Definition geeinigt:

„Reichsbürger‘ und ‚Selbstverwalter‘ sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen, unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb bereit sind, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen.“

Den Reichsbürgern und Selbstverwaltern in allen Ausprägungen ist die fundamentale Ablehnung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gemein. Reichsbürger beharren auf der Annahme, weiterhin und ausschließlich Angehörige des Deutschen Reiches zu sein, das je nach Gruppierung in verschiedenen, jedoch in seinen Grenzverläufen deutlich über das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hinausreichenden Umfang als Hoheitsgebiet verstanden wird. Die Reorganisation des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 ist dabei die häufigste Forderung von Reichsbürgern. Mit dem Begriff Selbstverwalter werden Personen bezeichnet, die meinen, aus der Bundesrepublik Deutschland „austreten“ zu können. Es werden „Königreiche“ ausgerufen und „Krönungszeremonien“ veranstaltet, im Zentrum kann eine guruartige Person stehen.

Selbstverwalter sind überwiegend nicht rechtsextremistisch motiviert, auch wenn einige Personen einen entsprechenden Vorlauf aufweisen. Sie bedienen sich jedoch Argumentationsmustern der rechtsextremistischen Reichsideologie.

Die Reichsbürgerideologie ist kein neues Phänomen. Die hiermit verbundenen geschichtsrevisionistischen Elemente waren und sind Bestandteile rechtsextremistischer Argumentationsmuster zur Delegitimierung der verfassungsmäßigen Ordnung. Anzuführen sind z. B. die These, das Deutsche Reich existiere wegen des Fehlens eines Friedensvertrages weiter oder die Behauptung, Großadmiral Dönitz sei nach 1945 das legitime deutsche Staatsoberhaupt gewesen. Einige Zusammenschlüsse wie die antisemitische Exilregierung Deutsches Reich, die seit 2005 vom Niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtet wird, sind dem Rechtsextremismus zuzuordnen. Es handelt sich bei solchen Zusammenschlüssen jedoch lediglich um Randerscheinungen des Rechtsextremismus, in der Regel ohne Bindung an die die Szene prägenden Organisationen.

Ohne den Verbreitungsweg Internet ist der Zuspruch, den die Reichsbürger und Selbstverwalter mittlerweile weit über den Bereich des Rechtsextremismus hinaus erfahren, nicht erklärbar. Die Thesen sind jetzt in der Regel nicht mehr in einen rechtsextremistischen Kontext eingebettet, sondern werden als „Argumente“ verwendet, um die Prinzipien des Rechtsstaates zu verwerfen. An die Stelle der Rechtsordnung sollen eigene Gesetze und ein durch die Reichsbürger selbstbestimmtes Naturrecht treten. Gegenüber Vertretern der öffentlichen Verwaltung, deren hoheitliche Funktion sie nicht akzeptieren, treten Reichsbürger konfrontativ, häufig auch aggressiv und unter Androhung von Gewalt auf. In einigen Fällen ist es auch zur Gewaltanwendung gekommen. Im Oktober 2016 wurde in Bayern ein Polizeibeamter von einem Reichsbürger getötet, als die Polizei diesem wegen Unzuverlässigkeit 31 Waffen abnehmen wollte.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat frühzeitig auf die Notwendigkeit eines bundesweit abgestimmten Umgangs mit der sogenannten Reichsbürgerbewegung hingewiesen. Mittlerweile sind auf Bund-Länder-Tagungen diesbezüglich Vereinbarungen getroffen worden. Weil es sich bei den Reichsbürgern und Selbstverwaltern um einen äußerst heterogenen Personenkreis handelt, muss aus Perspektive des Verfassungsschutzes, der sich auf politische Bestre-

bungen konzentriert, zwischen extremistisch überzeugten Personen und querulatorisch in Erscheinung tretenden Personen unterschieden werden, die im Internet Formschreiben von Reichsbürgern herunterladen, um die Zahlung von Bußgeldern oder Steuerzahlungen zu verweigern. Zahlreiche Vorfälle im gesamten Bundesgebiet zeigen, dass Personen aus beiden Gruppen hoch aggressiv auftreten. Auch ist von einem Waffenbesitz in nicht unerheblichem Maße auszugehen. Vor diesem Hintergrund ist vom Landespolizeipräsidium Niedersachsen am 15.11.2016 ein Erlass zur „waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit von sogenannten Reichsbürgern“ verfügt worden. Verfassungsschutz und Polizei stehen in einem engen Austausch, um eine Gefährdungsbewertung vorzunehmen. Die Anzahl der Reichsbürger kann zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht verlässlich beziffert werden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz spricht in einer ersten Schätzung von bundesweit 10.000 Reichsbürgern, von denen nur ein Bruchteil dem Rechtsextremismus zugerechnet werden könne. In Niedersachsen ist von mehreren hundert Reichsbürgern auszugehen, vermutlich liegt ihre Anzahl bei über 1.000 Personen, wenn ein weit gefasster Maßstab angelegt wird. Inwieweit jeweils eine extremistische Gesinnung im Sinne einer politischen Bestrebung vorliegt, muss in einer Einzelfallanalyse bewertet werden.

2.4 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten / Rechtsextremistische Musikszene

Gründung / Bestehen seit	1980er Jahre
Struktur / Repräsentanz	Heterogenität der organisatorisch nicht gefestigten subkulturellen rechtsextremistischen Szene; eine Ausnahme bilden die Hammerskins mit einem festen hierarchischen Aufbau; viele Szeneangehörige im jugendlichen Alter
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: 8.500 ↗ Land: 600 ↗

Veröffentlichungen Publikationen: CD-Veröffentlichungen, Fanzines, Web-Angebote: Online-Versände, Bekanntmachung von Konzertterminen über Foren, Veröffentlichungen von Videos

Kurzportrait / Ziele Der subkulturelle Bereich im Rechtsextremismus ist hauptsächlich von szenetypischer Musik und einem damit verbundenen – nicht selten gewaltorientierten – Lebensstil geprägt. Dabei zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass die subkulturelle Szene zunehmend an eigenständiger Bedeutung verloren hat. Sichtbar wird dieser Wandel vor allem im dem fast vollständigen Verschwinden von rechtsextremistischen Skinheads aus dem öffentlichen Straßenbild, welche in den 1980er und 1990er Jahren die gewaltbereite rechtsextremistische Szene maßgeblich geprägt hatten.

Zu beobachten sind stattdessen informelle, eher strukturlose Gruppen oder Personenzusammenschlüsse, die kaum regelmäßige Aktivitäten entfalten, die keinen festen Mitgliederstamm haben und die nur sporadisch auf sich aufmerksam machen. Die Grenzen zwischen den einzelnen Bereichen des Rechtsextremismus sind daher zusehends fließend und verschwommen, so dass eine Unterscheidung nach trennscharfen Kriterien immer schwieriger wird. Rechtsextremistische Einstellungsmuster sind von größerer Bedeutung als die organisatorische Anbindung an eine bestimmte Gruppierung.

Die fremdenfeindliche Grundeinstellung von subkulturell geprägten Rechtsextremisten kommt dabei unreflektiert, häufig spontan und gewaltsam zum Ausdruck. Sie wird ausgelebt und nicht ideologisch im Sinne eines politischen Ansatzes überhöht. Eine wichtige Rolle spielt hier die rechtsextremistische Musik mit ihrer aufputschenden Wirkung. Sie vermittelt Feindbilder, aber keinen politischen Ansatz.

Rechtsextremistische Musik ist zugleich ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls bei den Szeneangehörigen. Rechtsextremistische Parteien nutzen rechtsextremistische Bands und Liedermacher, um ihre Veranstaltungen für ein jüngeres Publikum attraktiver zu gestalten. In Niedersachsen allerdings ist aufgrund der geringen Attraktivität und der politischen wie organisatorischen Schwäche der rechtsextremistischen Parteien eine derartige Feststellung nicht zu treffen. Allgemein hat

die Musik jedoch den Zweck, rechtsextremistische Ideologie – auch an Außenstehende – zu vermitteln. Die Liedinhalte formulieren in plakativer, häufig hetzerischer Form die rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellung der Szeneangehörigen. Die Bandbreite rechtsextremistischer Musik erstreckt sich von Black Metal über Schlager bis zu Balladenmusik. Den größten Zuspruch erfährt unverändert die Stilrichtung Rock against Communism (RAC).

Finanzierung

Verkauf von rechtsextremistischen Tonträgern sowie Handel mit Devotionalien, darunter Kleidung, die mit rechtsextremistischen Aussagen bedruckt ist. Handel und Verkauf dienen teilweise gewöhnlicher Geschäftemacherei. Einnahmen aus Musikveranstaltungen dienen mitunter der Finanzierung von Aktivitäten.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Beobachtungswürdigkeit ergibt sich aus der fremdenfeindlichen Grundeinstellung und aus der Gewaltanwendung oder der Bereitschaft zur Gewalt, die für subkulturell geprägte Rechtsextremisten ein Ausdruck von Männlichkeit darstellt. Gewalt wird insbesondere unter Alkoholeinwirkung zuweilen hemmungslos, brutal und meistens spontan ausgelebt. Auch die Liedtexte rechtsextremistischer Musik fördern gewaltorientierte Aktivitäten; sie transportieren Gewaltphantasien, Aufrufe zu Gewalt oder vermitteln Feindbilder. Von eingängigen oder aufputschenden Melodien getragen können die Liedtexte eine suggestive Wirkung entwickeln.

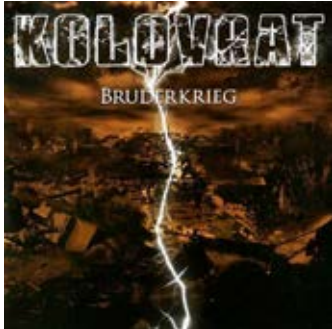
Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Rechtsextremistische Musikszene

Rechtsextremistische Musik hat für die subkulturelle Szene einen hohen werbestrategischen Stellenwert. Gleiches gilt für die neonazistische Szene und für rechtsextremistische Parteien wie NPD und Die Rechte. Musik hat insbesondere für den Einstieg in die rechtsextremistische Szene eine wichtige Funktion. Dieses beschreibt die russische Band „Kolovrat“¹² in ihrem im Jahr 2016 neu aufgelegtem Lied „Rock geschmiedeter Stiefel“:

¹² Die Band singt in russischer und englischer Sprache und hat in der Szene einen gewissen Status.

„Die Musik ist unsere Waffe, wir sind Soldaten, Texte explodieren wie Handgranaten ... noch ein entscheidender Klang von unserem Rock, noch jemand wird von unserem Lied geweckt!“



Die Anzahl der Zugriffe auf rechtsextremistische Musikvideos im Internet weist darauf hin, dass die Verbreitung der Musik weit über das registrierte rechtsextremistische Personenpotenzial hinausreicht. Besonders angesprochen fühlen sich Jugendliche, die ihre soziale Situation in den Liedtexten widergespiegelt finden und die nach Integration in eine Gruppe Gleichgesinnter streben. Die Konfrontation mit rechtsextremistischer Musik kann den Beginn einer Entwicklung markieren, in deren Verlauf sich Jugendliche zunehmend mit der rechtsextremistischen Szene identifizieren. Die Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Musik ist deshalb seit mehreren Jahren ein Schwerpunkt der präventiven Verfassungsschutzarbeit.



Ein zentrales Thema der rechtsextremistischen Musikszene ist die Asyl- und Einwanderungspolitik. Exemplarisch für den sceneinternen Umgang mit dieser Thematik sind zwei Textbeispiele der sächsischen Band „Paranoid“ von deren 2016 gemeinsam mit der sächsischen Band „Stereotyp“ veröffentlichtem Tonträger. In dem Lied „Anerkannt“ wird die vermeintliche Sicht eines Asylbewerbers bezüglich seines Aufenthaltes und seines Verhaltens dargestellt:

*„Ja hier im ganzen Land kann man Straftaten begehen,
auf deinem Dokument muss nur Asylbewerber stehen.
Ich kann mich hier benehmen wie ich will, das ist fein,
denn ich wohne ja im Asylbewerberheim!“*

Vorurteilsbehaftet argumentiert die Band in dem Lied „Selbsthass“, das auf demselben Tonträger veröffentlicht wurde. Man unterstellt dabei, dass die Asylbewerber pauschal Mitglieder von kriminellen, gewalttätigen Banden oder terroristischer Gruppen seien:

*„Ihr helft dem Feind, der euch eines Tages einfach umlegen wird,
und vorher krallen sie sich noch alles, was heute noch euch gehört!
Du wirst die Welt nicht mehr verstehen,
wenn dich ihre Banden verschleppen und aufschlitzen,
der ‚IS‘ wird’s dir noch danken!“*

Die Produzenten solcher Musik lassen Tonträger vor ihrem Erscheinen durch Rechtsanwälte auf mögliche Rechtsverstöße überprüfen, um Indizierungsmaßnahmen, strafrechtliche Verfahren und damit einhergehende Geschäftsverluste zu vermeiden. Strafrechtlich relevante CDs – ihr Anteil beträgt weniger als zehn Prozent – werden bis auf wenige Ausnahmen im Ausland produziert.

Nach wie vor erscheinen Tonträger, die nur szenieintern und nicht über offen zugängliche Szenevertriebe verkauft werden. Da eine Strafverfolgung hier fast nicht möglich ist, äußern die Bandmitglieder in den Texten offen ihr fremdenfeindliches, antisemitisches und rassistisches Gedankengut. Häufig wird offen zur Gewalt gegen die von der Szene als Feinde betrachteten Personen aufgerufen bzw. werden sie bedroht. Ein Beispiel hierfür sind zwei im Jahr 2016 veröffentlichte Tonträger der Band „Erschießungskommando“ (Schweiz), die während eines Skinheadkonzertes am 15.10.2016 in der Schweiz erworben werden konnten. Beide Tonträger wurden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) im Januar bzw. Dezember 2016 als jugendgefährdend und möglicherweise strafrechtlich relevant indiziert und in die Liste B eingetragen. In dem Lied „Ab in den Ofen“ auf der CD „Sieg oder Tod“ wird unverhohlen zur Ermordung von Menschen jüdischen Glaubens aufgerufen:

*„Kommt lasst uns anzünden seine Synagogenbude. ...
Ab in den Ofen, Jude wir werden Dich ersaufen“*

Immer häufiger werden neue Tonträger kurz nach ihrer Veröffentlichung in Download-Portalen oder in Sozialen Netzwerken hochgeladen und gratis zur Verfügung gestellt. Diese Entwicklung bedeutet zwar einerseits einen größeren Verbreitungsgrad rechtsextremistischer Musik auch über die Szene hinaus, andererseits führt das kostenfreie Herunterladen aus dem Internet zu finanziellen Einbußen der betroffenen Bands und Musiker, die wiederum befürchten, weniger CDs zu verkaufen und die Produktionskosten nicht mehr decken zu können. Dazu erklärte ein ehemaliges Mitglied der Band „Randgruppe Deutsch“ aus Nordrhein-Westfalen:

„Alles was ihr aus dem Netz zieht, schadet uns allen ... dem Produzenten, ... weil er nichts verdient ... uns, weil der Produzent uns kein gutes Studio zahlt ... und letztlich euch, ... weil Bands nur noch Keller-Produktionen machen können.“

Die Anzahl rechtsextremistischer Musikgruppen hat sich bundesweit in den letzten Jahren mit rund 180 kaum verändert. Dabei handelt es sich nicht um einen permanent gleich bleibenden Kreis von Musikgruppen. Viele Bands bestehen nur für kurze Zeit. Mitunter finden sich Mitglieder rechtsextremistischer Bands unter neuem Namen einmalig für Musikprojekte zusammen.

Bundesweit fanden 68 Musikveranstaltungen (2015: 63) statt. Der regionale Schwerpunkt rechtsextremistischer Konzerte lag in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Waren in den vergangenen Jahren die Veranstaltungszahlen noch rückläufig, ist für 2016 wie bereits im Jahr zuvor eine leichte Zunahme rechtsextremistischer Musikveranstaltungen festzustellen. Im Vergleich ist ein deutlicher Rückgang gegenüber den 1990er und frühen 2000er Jahren zu verzeichnen. Diese Entwicklung begründet sich u. a. mit der Verunsicherung der rechtsextremistischen Szene durch zahlreiche Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden.

Ursache für den aktuell feststellbaren leichten Anstieg ist, wie im Vorjahr, die verstärkte Nutzung von Lokalitäten mit Szenebezug. Entweder ist in diesen Fällen der Vermieter einer solchen Lokalität selbst Szeneangehöriger, oder er duldet Veranstaltungen mit rechtsextremistischem Charakter, um eigene monetäre Interessen zu bedienen. Eine Verschleierung des wahren Veranstaltungscharakters und der Abschluss von Miet- oder Pachtverträgen sind in diesen

Fällen nicht erforderlich, was die Verhinderung der Veranstaltungen durch die staatlichen Behörden erschwert.

Die in Deutschland zumeist konspirativ organisierten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen werden durchschnittlich von 100 bis 150 Personen besucht. Die Ankündigungen für diese Konzerte erreichen in der Regel nur Szeneangehörige, so dass eine Werbewirkung für Interessierte ohne Szenebezug nahezu ausgeschlossen ist.

Daneben gibt es nach wie vor Konzerte, wenn auch in geringerer Anzahl, die ein größeres Szenepublikum ansprechen sollen. In der Regel verpflichten die Veranstalter für diese Konzerte mehrere Bands, die in der Szene populär sind. Wegen des erhöhten Organisationsaufwandes und des finanziellen Risikos sind sie in diesen Fällen bereit, die Veranstaltung bei den Ordnungsbehörden anzumelden und die staatlichen Auflagen einzuhalten. Diese Konzerte finden überwiegend in Lokalitäten statt, die im Besitz von Angehörigen der rechtsextremistischen Szene sind oder von diesen betrieben werden.

Um den Maßnahmen der deutschen Ordnungs- und Sicherheitsbehörden auszuweichen, sind einige Veranstalter dazu übergegangen, rechtsextremistische Konzerte in das grenznahe Ausland zu verlagern, auch wenn für Deutschland als Veranstaltungsort geworben wurde. So fand am 15.10.2016 in der Schweiz mit rund 5.000 Teilnehmern eines der europaweit größten rechtsextremistischen Konzerte der letzten Jahre statt. Die Veranstaltung, die als „Rocktoberfest“ für den süddeutschen Raum beworben worden war, wurde maßgeblich von deutschen Rechtsextremisten organisiert. Im Verlauf des Konzertes traten neben der Schweizer Band „Amok“ auch die deutschen Gruppen „Makss Damage“ (Nordrhein-Westfalen), „Confident of Victory“, „Frontalkraft“ und „Exzess“ (alle Brandenburg) sowie als Hauptakteur „Stahlgewitter“ aus Niedersachsen auf.

In Deutschland fand im Jahr 2016 eine der größten Musikveranstaltungen am 07.05.2016 zum wiederholten Mal in Hildburghausen (Thüringen) statt, in deren Verlauf mehrere politische Redner auftraten. Unter dem diesjährigen Motto „Rock für Identität“ spielten vor rund 3.500 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet die Bands



„Sleipnir“ (Nordrhein-Westfalen), „Act of Violence“ (Baden-Württemberg), „Blitzkrieg“ (Sachsen), „Stahlfaust“ und „Übermensch“ (beide Mecklenburg-Vorpommern) sowie „Blutbanner“ (ein Projekt von Musikern aus dem Saarland und Baden-Württemberg).

Rechtsextremistische Musik in Niedersachsen

Im Jahr 2016 waren vier niedersächsische Musikgruppen aktiv. Hinzu kommen die in Niedersachsen ansässigen Liedermacher „Gassenraudi“, Karin Mundt, die unter dem Namen „Wut aus Liebe“ in der rechtsextremistischen Musikszene auftritt, sowie der Sänger des Musikprojektes „Noten Sturm“.

„Stahlgewitter / Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“

Mit seiner Band „Stahlgewitter“ trat Daniel „Gigi“ Giese am 15.10.2016 im Rahmen des o. g. Konzertes in der Schweiz vor rund 5.000 Personen auf. Da Auftritte von „Stahlgewitter“ sehr selten sind, zuletzt im Jahr 2011, war die Gruppe maßgeblich für die

außerordentlich hohe Teilnehmerzahl verantwortlich. Entsprechende Kommentierungen von Teilnehmern der Veranstaltung, in denen u. a. von „frenetischem Jubel“ die Sprache ist, untermauern diese Einschätzung und sind ein weiterer Beleg für den hohen Stellenwert der Band, den diese auch über die Landesgrenzen hinaus in der rechtsextremistischen Szene genießt. Die hohe Teilnehmerzahl sowie der professionelle Ablauf und der organisatorische Aufwand für das Konzert zeigen die in Teilen der Szene auch weiterhin vorhandene Mobilisierungsfähigkeit, die in diesem Fall vor allem auf die Attraktivität von „Stahlgewitter“ als Hauptband zurückzuführen ist.



Im Mai 2016 veröffentlichte der Meppener Sänger Giese zwei neue Tonträger. Mit seinem Projekt „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“ brachte er den Tonträger „Willkommen liebe Mörder“ heraus.¹³ Mit fremdenfeindlichen Aussagen bezieht Giese Stellung zu aktuellen Themen der Tagespolitik. Im Titellied hetzt Giese gegen alle Menschen, die aufgrund von Krieg und Vertreibung oder aufgrund wirtschaftlicher Not und Perspektivlosigkeit

¹³ Bereits in den Vorjahren waren neue Tonträger seiner Bands „Stahlgewitter“ und „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“ erschienen.

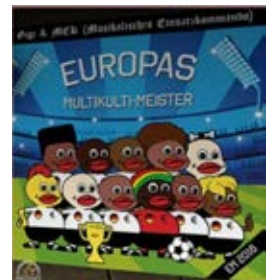
aus ihrer Heimat geflohen sind und die nun in Deutschland und Europa Schutz suchen. Pauschal diffamiert er Asylbewerber und Flüchtlinge als existenzielle Bedrohung des deutschen Volkes und greift damit auch vorhandene Ressentiments in Teilen der Bevölkerung auf. Nicht zuletzt findet hier die Volkstod-Kampagne neonazistischer Gruppierungen ihren Widerhall:

*„Ist es jeder Vierte, ist es jeder Dritte,
aber sie sind hier, ganz in unserer Mitte.
Jeder kann es sein, keinem kann man trauen,
manchmal sind es Männer, ab und zu auch Frauen.
Sie wollen uns zerstören, sie wollen uns vernichten,
nichts wird sie dazu bringen, darauf zu verzichten.
Wir möchten das verdrängen und einfach ignorieren,
uns weiter davor drücken, diesen großen Kampf zu führen.“*



Den zweiten Tonträger, ein Mini-Album, veröffentlichte Giese unter dem Titel „Europas Multikulti-Meister“ mit seinem Projekt „Gigi & MEK“ (Musikalisches Einsatzkommando) anlässlich der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich. In dem Lied „Multikulti-Meister“ wird der Einsatz deutscher Fußballer mit Migrationshintergrund in der Nationalmannschaft als Anlass genommen, die Mannschaft nicht als deutsches Team anzuerkennen. Damit zeigen Giese und seine Bandmitglieder erneut ihre fremdenfeindliche und rassistische Einstellung:

*„Hier geht es um die Krone, ja ist es denn ein Ding,
heute spielt der 1. FC Donalds gegen SV Burger King.
Kickt da unten Ghana oder Galatasaray?
Man weiß es nicht genau, es ist von allem was dabei.
Doch solange man die Mannschaften der Länder nicht erkennt,
ist's mir doch scheißegal, wer sich Europameister nennt. ...
Hör ich da richtig, schreit ihr wirklich ‚Deutschland vor‘?
So langsam sieht das nämlich eher aus als wär's der 1. FC Mohr.“*



Die musikalischen Projekte von Giese finden seit vielen Jahren große Beachtung in der rechtsextremistischen Szene. Dabei finden sowohl die durchaus versierten musikalischen Darbietungen wie auch die rechtsextremistischen Texte, die sich zuweilen an der Grenze der Strafbarkeit bewegen, großen Anklang.

„Alte Schule“

Die Band aus Schneverdingen veröffentlichte im April 2016 gemeinsam mit den Bands „Abtrimo“ (Hamburg), „Ungebetene Gäste“ (Mecklenburg-Vorpommern) und „Überzeugungstäter Voigtland“ (Sachsen) einen Tonträger. „Alte Schule“ ist hierauf mit drei Produktionen zu hören.

„Emssturm“

Das im Jahr 2016 entstandene Musikprojekt „Emssturm“ aus dem Emsland spielte am 10.12.2016 bei einem Konzert in Lathen (Landkreis Emsland).

„Terroritorium“

Die aus der Region Hannover stammende Band „Terroritorium“ spielte am 05.03.2016 bei einem Skinheadkonzert in Staubenhardt (Baden-Württemberg).

Liedermacher „Gassenraudi“

Der aus dem Bereich Braunschweig stammende Liedermacher „Gassenraudi“ trat am 13.02.2016 auf einem Balladenabend in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) auf. Ein weiterer geplanter Auftritt am 10.12.2016 in Magdeburg wurde im Vorfeld durch Sicherheitsbehörden verhindert. Er veröffentlichte auf dem Videoportal YouTube unter dem Titel „Hausgemacht... schmeckt immer noch am besten!“ drei im Proberaum aufgenommene Musikstücke.



Liedermacherin Karin Mundt / „Wut aus Liebe“

Die im Raum Goslar ansässige Liedermacherin Karin Mundt spielte unter dem Namen „Wut aus Liebe“ am 24.09.2016 in Karlsruhe bei einer Veranstaltung des Landesverbandes Baden-Württemberg der Partei Die Rechte, und im Anschluss an eine Solidaritätsveranstaltung für die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel am 27.08.2016 in Walsrode (Landkreis Heidekreis). Weitere Auftritte waren am 10.09.2016 in Meiningen (Thüringen), am 12.11.2016 bei einer Veranstaltung der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) in Langnau (Schweiz) sowie am 18.12.2016 bei der Weihnachtsfeier des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein in Neumünster.

„Noten Sturm Solo“

Von dem im Jahr 2015 entstandenen Musikprojekt „Noten Sturm“ aus dem Raum Einbeck trat im Jahr 2016 lediglich der Sänger in Erscheinung. Auf einem Konzert am 01.10.2016 im südlichen Niedersachsen spielte er gemeinsam mit der Band „Randgruppe Deutsch“ aus Nordrhein-Westfalen.

Rechtsextremistische Konzerte und Liederabende in Niedersachsen

Die Strategie zur Durchführung rechtsextremistischer Konzerte hat sich gegenüber den Vorjahren nicht geändert. Konzerte finden wie bisher vornehmlich in kleineren Orten statt. Raumanmietungen erfolgen häufig unter dem Vorwand, eine von Musikdarbietungen umrahmte Geburtstagsfeier durchführen zu wollen. Einige Veranstalter sind als Reaktion auf Exekutivmaßnahmen der Polizei dazu übergegangen, mit Ausweichstätten zu planen. Im Eventualfall werden Besucher dann per SMS oder Instant Messaging Diensten über einen Zwischentreffpunkt zur Ausweichstätte umdirigiert. Mit solch umfangreichen Vorplanungen versuchen die Veranstalter, ihr Geschäftsrisiko zu reduzieren.

In Niedersachsen wurden 2016 zwei Konzerte durchgeführt (2015: 1). Obwohl für beide Veranstaltungen innerhalb der rechtsextremistischen Szene überregional geworben wurde, fielen die Teilnehmerzahlen gering aus. Das Publikum setzte sich aus den jeweiligen regionalen Szeneangehörigen zusammen.

Eines der Konzerte fand am 01.10.2016 in Südniedersachsen als so beworbenes „Soli-Konzert“ statt. Vor einer geringen Teilnehmerzahl im unteren zweistelligen Bereich spielte die Band „Randgruppe

Deutsch“ (Nordrhein-Westfalen), zeitweise begleitet von dem Sänger des Musikprojektes „Noten Sturm“ aus Niedersachsen.

Am 10.12.2016 wurde in Lathen ein Skinheadkonzert mit rund 50 Teilnehmern durchgeführt. Es spielten die Band „The Firm“ (Niederlande), das niedersächsische Musikprojekt „Emssturm“ sowie der Liedermacher „Reichstrunkenbold“ (Hessen).

Eine für den 30.07.2016 in Beverstedt (Landkreis Cuxhaven) geplante Musikveranstaltung der rechtsextremistischen Bremer Band „Kategorie C“ wurde von den Sicherheitsbehörden verhindert.

Die Anzahl der Lieder- und Balladenabende ist im Vergleich zum Vorjahr von zehn auf drei Veranstaltungen gesunken. Veranstaltungen dieser Art bedürfen eines geringeren organisatorischen Aufwandes als Skinheadkonzerte, erreichen jedoch nur einen kleinen Personenkreis. Sie werden deshalb häufig ohne öffentliche Wahrnehmung durchgeführt. Lieder- und Balladenabende unterscheiden sich sowohl in ihrem musikalischen Charakter als auch in ihrer Funktion deutlich von Skinheadkonzerten. Die Sänger verzichten auf eine Verstärkeranlage und begleiten sich lediglich auf einer akustischen Gitarre. Bedeutsamer als die Musik ist der ideologische Gehalt der vorgetragenen Texte. Stattgefunden haben Liederabende am 16.01.2016 in Salzgitter-Thiede, am 05.03.2016 in Salzgitter und am 26.03.2016 in Neermoor (Landkreis Leer).

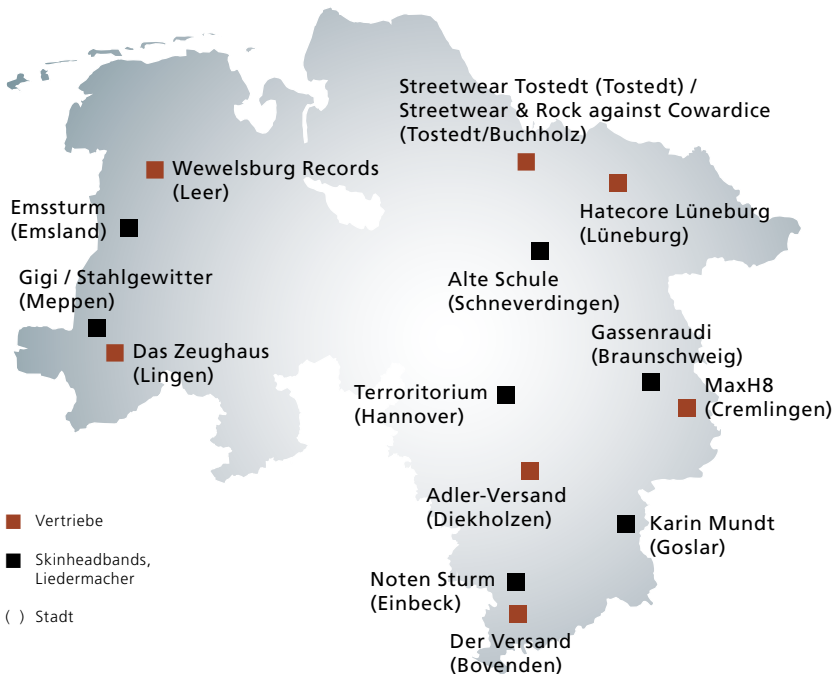
Rechtsextremistische Vertriebe

Die Nachfrage der rechtsextremistischen Szene nach Tonträgern, Druckerzeugnissen und Bekleidung sowie weiteren szenetypischen Artikeln wird durch rechtsextremistische Vertriebe bedient, die insbesondere über das Internet ein permanent aktualisiertes Angebot bereithalten. Die unverändert hohe Anzahl an Vertrieben zeigt, dass sich der subkulturelle Bereich als fester Bestandteil des Rechtsextremismus etabliert hat. Wichtige deutsche Vertriebe sind Front Records, PC Records und OPOS Records (alle Sachsen) sowie Rebel Records (Brandenburg). Die Betreiber sind oftmals zugleich Mitglieder rechtsextremistischer Bands oder treten als Veranstalter rechtsextremistischer Konzerte in Erscheinung, bei denen sie ihr Warenangebot offerieren. Strafrechtlich relevante oder indizierte Produktionen befinden sich im Angebot ausländischer Vertriebe, die die Nachfrage in Deutschland über das Internet bedienen. Zu nennen sind ISD Records, Micetrap Distribution und NSM 88. Das Angebot umfasst beispielsweise Tonträger der Bands

„Landser“ (Berlin) und „Race War“ (Baden-Württemberg), deren Mitglieder in Deutschland wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung am 22.12.2003 bzw. am 22.11.2006 verurteilt worden sind.

Niedersächsische Vertriebe

In Niedersachsen sind zehn Vertriebe ansässig: Adler-Versand (Diekholzen), Der Versand (Bovenden), Hatecore Lüneburg (Lüneburg), MaxH8 (Cremlingen), der Onlineshop Streetwear Tostedt (Tostedt)/ Streetwear & Rock against Cowardice (Buchholz i.d.N.)¹⁴ und Wewelsburg Records (Leer). Alle genannten Vertriebe spielen in der Szene eine eher untergeordnete Rolle, weil sie Produktionen weniger namhafter Musikbands vertreiben und damit auch einen geringeren Umsatz verzeichnen. Eine Ausnahme bildet der Versand Das Zeughaus (Lingen/Ems). Neben den veröffentlichten Tonträgern der Band „Stahlgewitter“ werden Devotionalien der Band angeboten, die nur in diesem Onlineversand erhältlich sind. Zudem war der Versand auf dem Skinheadkonzert am 15.10.2016 in der Schweiz mit einem großen Verkaufsstand vertreten. Der Versand dürfte dadurch seinen Bekanntheitsgrad innerhalb der rechtsextremistischen Szene gesteigert haben.



14 Der Onlineversand ist seit Oktober 2016 nicht mehr aufrufbar.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die subkulturelle Szene verlangt kein stringentes politisches Engagement, sondern stellt in erster Linie ein Angebot zur Freizeitgestaltung dar. Zu diesem Bereich des Rechtsextremismus liegt die Zugangsschwelle für jüngere Personen mit einer fremdenfeindlichen Grundeinstellung am niedrigsten. Rechtsextremistische Musik ist dabei nach wie vor ein wichtiges Medium für die Rekrutierung neuer Anhänger sowie für die Radikalisierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Mit den Liedtexten werden zumeist rassistische, antisemitische und antidemokratische Ideologien proklamiert. Rechtsextremistische Musikveranstaltungen fördern das Gemeinschaftsgefühl von Szeneangehörigen insbesondere gegenüber der als feindlich empfundenen Umwelt. In der Vergangenheit wurde in den Liedtexten vorrangig die NS-Zeit glorifiziert. Heute ist bei neuen Produktionen oftmals ein Bezug zur aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung festzustellen.

Die Anzahl der Skinheadkonzerte ist seit mehreren Jahren stark rückläufig. Dagegen steigt die Anzahl der Lieder- und Balladenabende stetig, zumal sich diese einfacher planen lassen. Sie finden in kleinen Räumlichkeiten statt und der Teilnehmerkreis besteht zumeist aus Angehörigen der regionalen Szene. Dadurch entfalten Balladenabende kaum Werbewirkung, führen selten zur Rekrutierung neuer Szenemitglieder und dienen primär dem Zusammenhalt der Szene. Die rechtsextremistische Musikszene in Niedersachsen ist weitgehend inaktiv. Die Anzahl der aktiven Bands hat sich abermals verringert, niedersächsische Versände haben bundesweit keinen großen Stellenwert.

Um den gestiegenen Ansprüchen der Hörerschaft zu genügen, sind kostspielige Produktionen in professionellen Tonstudios sowie aufwändig gestaltete Booklets erforderlich. Video- und Downloadportale lassen hingegen die Verkaufszahlen von Tonträgern und damit die Einnahmen der Bands zurückgehen.

2.5 Neonazistische Szene

Sitz / Verbreitung	Niedersachsenweit; Schwerpunkte in den Regionen Buchholz/ Tostedt, Hannover/ Hildesheim, Oldenburg/ Wilhelmshaven, Ostfriesland/ Emsland, Südniedersachsen
Gründung / Bestehen seit	1970er Jahre
Struktur / Repräsentanz	Örtlich und regional unterschiedlich ausgeprägte Strukturen in Form von Aktionsgruppen, informellen Netzwerken, Kameradschaften oder Kreisverbänden der Partei Die Rechte; hinzu kommen überwiegend virtuelle Präsenzen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: 5.800 ⇔ Land: 280 ⇔
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Internetseiten, Blogs, Profile in Sozialen Netzwerken und Kurznachrichtendiensten; Aufkleber, Flugblätter
Kurzportrait / Ziele	Kennzeichnend für die neonazistische Szene in Niedersachsen ist die Verzahnung mit subkulturell geprägten Rechtsextremisten sowie mit der in Parteien organisierten rechtsextremistischen Szene. Der allgemeinen Entwicklung folgend, die durch ein Abrücken von starren Organisationsstrukturen gekennzeichnet ist, sind Neonazis in den verschiedenen Landesteilen Niedersachsens zumeist in überregionale rechtsextremistische Netzwerke eingebunden. Die Bandbreite der Aktivitäten reicht von der Durchführung öffentlichkeitswirksamer Propaganda-, Gedenk- oder Störaktionen über die Veranstaltung von Balladenabenden und Zeitzeugenvorträgen bis zur Teilnahme an Demonstrationen oder szeneeinternen Großveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. Im Mittelpunkt der Agitation steht die Thematisierung einer drohenden und vermeintlich zum „Volkstod“ führenden „Überfremdung“, die durch die anhaltende Flüchtlingssituation nochmals verstärkt worden sei.
Finanzierung	Beiträge der Anhänger, teilweise Vermarktung und Verkauf rechtsextremistischer Devotionalien wie T-Shirts o. Ä.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In ideologischer Hinsicht eint die neonazistische Szene das unterschiedlich ausgeprägte Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus. Ziel ist die Überwindung des bestehenden demokratischen Systems. An dessen Stelle soll ein am Führerprinzip ausgerichteter Staatsaufbau treten, dessen Grundlage eine rassistisch verstandene Volksgemeinschaft bildet.

Die neonazistische Szene sieht sich als eine politisch-soziale Bewegung, die auf stetigen Aktivismus setzt und nicht auf parlamentarische Erfolge. Bestimmend für diese langfristig angelegte Strategie ist eine national-revolutionäre antiparlamentarische Ausrichtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die neonazistische Szene in Niedersachsen ist weiterhin geprägt von einer Heterogenität, die gleichermaßen personell und strukturell wie auch aktionistisch zum Ausdruck kommt. Einerseits bestehen Gruppierungen, die durchaus um politische Wahrnehmung mittels öffentlichkeitswirksamer Aktionen wie Flugblattverteilungen, Kundgebungen oder Demonstrationsteilnahmen bemüht sind, während sich ihre Anhängerzahlen im niedrigen einstelligen Bereich bewegen. Andererseits existieren landesweit in Einzelfällen auch Szenen, die zwar über teilweise deutlich höhere Anhängerzahlen verfügen, deren Aktivitäten jedoch nahezu ausschließlich Binnenwirkung entfalten.

Zur Verbesserung personeller und organisatorischer Möglichkeiten dienen überregionale Netzwerke. Allerdings ist deren Bedeutung recht gering. Denn das dahinterstehende reale Personenpotenzial fällt im Vergleich zur Größe des jeweiligen Einzugsbereichs oftmals deutlich ab.

Personelle und strukturelle Zwänge sind die Ursache für die landesweit feststellbaren mehr oder minder intensiven und teilweise wechselnden Kooperationen mit der NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), ebenso wie mit den rechtsextremistischen Parteien Die Rechte und Der III. Weg. Darüber hinaus sind die Übergänge zur subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene sowie zur islamfeindlichen Hooliganszene teilweise fließend.

Nordwestliches Niedersachsen

Neonaziszene Ostfriesland (Leuchttower Ostfriesland)

Im Sprachgebrauch von Neonazis steht der Ausdruck „das System“ für die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, der sie den Kampf angesagt haben. In diesem Sinne propagieren die Angehörigen von Leuchttower Ostfriesland, die sich selbst als völkische Sozialisten bezeichnen, den außerparlamentarischen Widerstand:



„NROs, Parteien und Vereine haben ihre Berechtigung, ... aber werden in diesem System zu keiner Änderung der Verhältnisse führen. ...

Das Schaffen von Freiräumen und das Erreichen seiner politischen Ziele fängt in der Heimat, dem Stadtteil oder der Straße an! ...

Werdet aktiv, bildet Banden und dann hebt ihr das System aus!“

(Facebookseite von Leuchttower Ostfriesland, 10.11.2016)

In regelmäßigen Abständen veröffentlicht die Gruppierung in sozialen Medien diverse Beiträge, in denen sich antidemokratische, völkische und ideengeschichtliche Elemente wiederfinden. Neben Personen und Ereignissen mit Bezug zum historischen Nationalsozialismus werden darin auch die NS-Ideologie und das 25-Punkte-Programm der NSDAP glorifiziert. Darüber hinaus beteiligen sich die Szeneangehörigen an rechtsextremistischen Demonstrationen, szenainternen Feiern und Liederabenden, die auf eine enge Einbindung in netzwerkähnliche Strukturen vom nordwestlichen Niedersachsen über das Emsland bis nach Nordrhein-Westfalen und in die benachbarten Niederlande hindeuten.

Freies Oldenburg / Aktionsgruppe Weser/Ems

Vergleichbares gilt für die Gruppierung Freies Oldenburg und die Aktionsgruppe Weser/Ems, die in enger Kooperation miteinander stehen. Hinzu kommen teilweise personelle Überschneidungen mit dem NPD-Kreisverband Oldenburg sowie Kontakte zur islamfeindlichen wie ebenso rechtsextremistisch beeinflussten Hooliganszene. Beispiele hierfür sind Demonstrationen von Gemeinsam Stark Deutschland (GSD) im April in Magdeburg und im Oktober 2016 in Dortmund, an denen sich auch die entsprechenden Szeneangehörigen beteiligten.

rigen aus Oldenburg bzw. aus dem Raum Weser/Ems beteiligten. Den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten bildet jedoch die Agitation gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik, die vor allem über soziale Netzwerke im Internet, aber auch in Form von Plakataktionen und Flugblattverteilungen betrieben wird. In zahlreichen Internetbeiträgen werden Asylbewerber und Flüchtlinge wie auch Migranten generell für einen vermeintlich feststellbaren Anstieg der Kriminalität verantwortlich gemacht. Die fremdenfeindliche und rassistische Haltung der Autoren kommt hierbei wiederholt zum Ausdruck.

Nordöstliches Niedersachsen

Neonaziszene Tostedt

Die Neonaziszene Tostedt verfügt weiterhin über ein im Landesvergleich relativ großes Personenpotenzial im Raum Buchholz, Rotenburg/Wümme und Schneverdingen (Landkreis Heidekreis). Im Gegensatz zur szeneeigenen Bedeutung der Gruppierung stand lange Zeit der weitgehende Verzicht auf öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Die regionale Szene konzentriert sich nach wie vor überwiegend auf identitätsstiftende und den Zusammenhalt fördernde Veranstaltungen ohne Außenwirkung, zu denen neben Zeitzeugenvorträgen und Konzerten auch Vortrags- und Balladenabende zählen. Veranstaltungsberichte über ein durchgeführtes „Heldengedenken“ zum Volkstrauertag oder auch ideologische Verlautbarungen in den sozialen Medien lassen die fremdenfeindliche, nationalistische und antidemokratische Weltanschauung der Gruppierung erkennen:

„Jeder kennt die Wut, die man angesichts der zunehmenden Über- und Entfremdung unseres Vaterlandes und unseres Kontinents empfindet. ... Europa ist der Kontinent der Europäer. Deutschland ist das Land der Deutschen. Kein Ausländer – ob integriert, kriminell, nett oder böse, gewaltbereit oder friedlich, arbeitsam oder faul – gehört in unser Land. Doch wir sollten nie vergessen, dass das System unser Feind ist und bleibt. Auch ohne den stattfindenden ethnischen Austausch wäre dieses System ausbeuterisch, volksfeindlich, illegitim, asozial und zerstörerisch. Einwanderung war immer nur ein Symptom der Krankheit ... Kapitalismus.“

(Facebookseite der Neonaziszene Tostedt, vom 11.10.2016)

Nationaler Widerstand Unterelbe

In die Aktivitäten der Neonaziszene Tostedt eingebunden sind Szeneangehörige aus dem Landkreis Stade, die in der Vergangenheit unter der Bezeichnung Nationaler Widerstand Unterelbe auftraten. Parallel zu den Aktivitäten in der Region zeigte sich eine verstärkte Hinwendung zur Gruppierung Antikapitalistisches Kollektiv (AKK), deren Strukturen im Jahr 2016 bundesweit zu beobachten waren.

Das ursprünglich aus dem Freien Netz Hessen hervorgegangene AKK, dessen Schwerpunkt in Baden-Württemberg liegt, hat sich zum Ziel gesetzt, die im Themenfeld Antikapitalismus agierenden Gruppierungen bundesweit und international zu vernetzen. Die Anlehnung an bekannte linksextremistische Themen und Agitationsmuster ist offensichtlich und war bereits zuvor in Form eines „Schwarzen Blocks“ bei Demonstrationen oder im Rahmen der propagierten Bildung von Bezugsgruppen festzustellen.

Entsprechende Vorgehensweisen konnten u. a. bei der Demonstration zum 1. Mai in Plauen (Sachsen) und beim „Tag der deutschen Zukunft“ am 04.06.2016 in Dortmund sowie bei einer Versammlung am 05.11.2016 in Magdeburg beobachtet werden, wo Teilnehmer aus Niedersachsen ein Transparent mit sich führten, das bereits vorher der Nationale Widerstand Unterelbe verwendet hatte:

„Die Vielfalt der Völker erhalten – Nationale Identität statt Kulturverfall und Einheitsbrei – ... und Zionisten können wir auch nicht leiden!“

Aktionsgruppe Nordheide

Die Aktivitäten der Aktionsgruppe Nordheide zeigen sich vor allem in der Agitation gegen die Asyl- und Zuwanderungspolitik. Im Kontext dieser Thematik beteiligten sich Angehörige der Gruppierung an demonstrativen Aktionen auf regionaler Ebene wie auch darüber hinaus. Im Rahmen dieser Veranstaltungen konnten Kooperationen mit diversen Akteuren der rechtsextremistischen Szene, u. a. aus Hamburg und Schleswig-Holstein, festgestellt werden. Erfolglos verliefen dagegen Bemühungen im Februar und April 2016, gemeinsam mit Vertretern der Initiative „Ein Prozent für unser Land“, die zum Spektrum der Neuen Rechten¹⁵ gezählt wird, Kundgebungen zur

¹⁵ Zum Begriff der Neuen Rechten siehe Kapitel 2.6.

„Sicherheitslage“ in Hittfeld und unter dem Motto „Asylflut stoppen!“ in Buchholz (beide Landkreis Harburg) durchzuführen, da sich die Szene nicht mobilisieren ließ.



Überregional waren Angehörige der Aktionsgruppe Nordheide unter den Teilnehmern von Demonstrationen der NPD-nahen Organisation Gemeinsam für Deutschland in Bad Oldesloe (Schleswig-Holstein) und der islamfeindlichen Hooligangruppierung Gemeinsam Stark Deutschland (GSD) in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) sowie der NPD-Demonstration zum 1. Mai in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) und der spektrenübergreifenden Demonstrationsreihe unter dem Titel „Merkel muss weg“ in Berlin.

Den Schwerpunkt der Berichterstattung im Internet bilden weiterhin fremden- und asylfeindliche Kommentierungen zu lokalen und regionalen Ereignissen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik. Durch die selektive Aneinanderreihung vermeintlicher oder tatsächlicher Straftaten von Flüchtlingen oder deren Besserstellung soll die These „eines schleichenden Volkstodes durch Überfremdung“¹⁶ untermauert werden:

„Dass ‚Multikultur‘ keine kulturelle Bereicherung ist, wie die etablierte Politik gerne behauptet, können gerade wir Jugendlichen jeden Tag auf den Straßen unserer Städte erleben: Sowohl wir Deutschen als auch die hier lebenden Ausländer befinden sich in einer Identitätskrise, unsere ‚Kultur‘ besteht nur noch aus Konsumattitüde und Egoismus ... Wir wollen keine Konsumgesellschaft, sondern eine Volksgemeinschaft, weshalb wir sowohl den Kapitalismus, als auch die gescheiterte ‚multikulturelle‘ Gesellschaft ablehnen!“

(Internetseite der AG Nordheide, 11.01.2017)

¹⁶ Internetseite der AG Nordheide.

Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, beteiligte sich die Aktionsgruppe Nordheide gegen Ende des Jahres 2016 an einer Spendensammlung im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Ein Volk hilft sich selbst“¹⁷, die maßgeblich durch Rechtsextremisten aus Thüringen und Sachsen initiiert worden war. Unterstützt wurde die Aktion auch von Szeneangehörigen aus Lüneburg sowie von Mitgliedern der Gruppierung Deutschland muss leben – Nationales Hilfswerk e. V. aus Mecklenburg-Vorpommern.

Landeshauptstadt und Region Hannover

Neonaziszene Hannover

Seit dem Verbot der Gruppierung Besseres Hannover im September 2012 ist es regionalen Szeneangehörigen bis heute nicht gelungen, vergleichbare Strukturen in der Landeshauptstadt oder der Region Hannover wieder aufzubauen. Ansätze für einen strukturellen Personenzusammenschluss weist allenfalls noch die Aktionsgruppe Hannover auf. Diese Kleinstgruppierung ist auf rechtsextremistischen Demonstrationen ebenso präsent wie in diversen sozialen Netzwerken. Wegen der hierbei wiederholt erfolgten Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen oder der Glorifizierung von Repräsentanten des Nationalsozialismus wurden mehrere Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der Gruppierung eingeleitet.

Eine ebenfalls überwiegend virtuell aktive Kleinstgruppierung ist der Nationale Widerstand Hannover. Vertreter der Gruppierung unternahmen zu Beginn des Jahres 2016 kurzzeitig den Versuch, mit der Gründung einer Nachbarschaftshilfe auf sich aufmerksam zu machen. In Folge der sexuellen Übergriffe durch männliche Migranten am Silvestertag 2015 in Köln und andernorts war das Phänomen der Bildung derartiger Initiativen und Bürgerwehren landesweit fest-



¹⁷ Ziel der Kampagne ist, „jene Landsleute zu unterstützen, die in Zeiten zunehmender sozialer Ungerechtigkeit kaum Unterstützung erhalten.“

stellbar. In den überwiegend virtuell existierenden Gruppierungen waren teilweise auch Rechtsextremisten eingebunden. Diese versuchten angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen, den Eindruck einer staatlichen Kapitulation vor ausländischen Tätergruppen zu vermitteln und auf diese Weise die staatliche Autorität zu unterminieren.

Östliches Niedersachsen

Freie Kräfte Niedersachsen-Ost (FKNO)

Bei den Freien Kräften Niedersachsen-Ost handelt es sich nicht um eine Gruppierung im engeren Sinne. Vielmehr findet diese Bezeichnung seit einigen Jahren Verwendung bei Demonstrationen im Bundesgebiet. Die unter diesem Label auftretenden Rechtsextremisten setzen sich aus Angehörigen der neonazistischen Szene aus den Bereichen Gifhorn, Celle und Hannover zusammen. Öffentlichkeitswirkung entfaltete dieser Personenkreis durch die Teilnahme an einer Demonstration der rechtsextremistischen Szene zum 1. Mai. Bei der zentralen Versammlung der Partei Der III. Weg in Plauen (Sachsen) zeigten Angehörige der FKNO ein Transparent mit der Forderung nach „Arbeit, Freiheit, Recht & Zukunft – Kapitalismus bekämpfen! – Nationalen Sozialismus durchsetzen!“

Nationaler Widerstand Niedersachsen/Ost (NWNO)

Im Gegensatz zu den FKNO, die über einen relativ großen Einzugsbereich verfügen, kommen die Anhänger der erst im Juli 2016 gegründeten Gruppierung Nationaler Widerstand Niedersachsen/Ost alle aus dem Raum Salzgitter. Verantwortlich hierfür war der Zuzug eines bereits andernorts mehrfach in Erscheinung getretenen Angehörigen der neonazistischen Szene. Die angestrebte Vernetzung mit Gruppierungen aus den Bereichen Hannover, Gifhorn oder der Altmark (Sachsen-Anhalt) kam dabei über Absichtserklärungen nicht hinaus. So folgte lediglich eine einstellige Anzahl lokaler Aktivisten dem Aufruf zu einer Mahnwache gegen eine Konzertveranstaltung der antifaschistischen Szene Anfang Oktober in Salzgitter. Und auch die beabsichtigte Kooperation mit der rechtsextremistisch beeinflussten Hooligangruppierung Gemeinsam Stark Deutschland (GSD) beschränkte sich auf die Teilnahme an deren Demonstration am

08.10.2016 in Dortmund. Hier traten Angehörige des NWNO ebenso strafrechtlich in Erscheinung wie dies bereits mehrmals zuvor in Form von Propagandadelikten, Beleidigung oder Körperverletzung in Salzgitter der Fall war.

Helden sterben nie

Ideologisch weitaus gefestigter sind die u. a. aus dem östlichen Niedersachsen stammenden Initiatoren der Gruppierung Helden sterben nie. Diese sind durch ihre teilweise langjährige Zugehörigkeit zur neonazistischen Szene eng mit anderen Szeneangehörigen aus dem Bundesgebiet vernetzt. Auf einem von ihnen verteilten Flyer heißt es:

„Wir haben es uns zur Aufgabe gesetzt, so viele Veteranen/Zeitzeugen wie möglich zu uns zu holen und ihre Erlebnisse und Erinnerungen erzählen zu lassen. Diese dürfen einfach nicht verloren gehen und im Sand der Zeit versiegen. Die wenigen, die die Wahrheit noch kennen und vor allem miterlebt haben, müssen unbedingt zu Wort kommen und so viele Menschen wie möglich erreichen. Wir sind bemüht, alle Vorträge aufzuzeichnen, damit auch die Nachwelt noch die Möglichkeit hat diese wichtigen und wertvollen Vorträge zu sehen.“

Die regelmäßig organisierten Zeitzeugenvorträge mit zum Teil über 100 Zuhörern glorifizieren einerseits das deutsche Soldatentum, relativieren andererseits die Verbrechen der Wehrmacht sowie den Nationalsozialismus und dienen letztlich der ideologischen Untermauerung und der Förderung des Zusammenhalts der neonazistischen Szene.

Südliches Niedersachsen

Neonaziszene Südniedersachsen /

Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen (FKTN)

Auch für die Aktivitäten der Neonaziszene Südniedersachsen war die Sammlung und Verteilung von Sachspenden im Rahmen der von Rechtsextremisten bundesweit initiierten Kampagne „Ein Volk hilft sich selbst“ von Bedeutung. Durch das karitative Engagement und die Verwendung unverfänglicher Bezeichnungen wie Bürgerinitiative Adeleben oder Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen wurde

einerseits um gesellschaftliche Akzeptanz geworben, andererseits ging es darum, unterschwellig fremdenfeindliche Ressentiments zu schüren, indem sich die Kampagne betont an hilfsbedürftige Deutsche richtete, um dadurch eine Benachteiligung von Deutschen in Folge des Zuzugs von Flüchtlingen zu suggeriert.



Die Neonaziszene Südniedersachsen ist eng mit dem Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen verflochten. Die Aktivitäten der Gruppierung zeigen sich in zahlreichen Propagandaaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen¹⁸ wie auch in ihrer Unterstützung für die NPD im Kommunalwahlkampf. Insbesondere aber die wiederholte Einbindung von FKTN-Mitgliedern in die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten haben das Geschehen in den Landkreisen Göttingen und Northeim weitestgehend geprägt. Ungeachtet der über den FKTN entstandenen Kooperation mit der Gruppierung Thügida/Wir lieben Sachsen e. V. bestehen auch die gewachsenen Verbindungen im Dreiländereck Niedersachsen, Thüringen und Hessen fort. Zentrale Anlaufstelle für Rechtsextremisten aus dieser Region ist weiterhin das Anwesen des Neonazis und NPD-Funktionärs Thorsten Heise¹⁹ im thüringischen Eichsfeld. Ein noch aus Zeiten der von Heise gegründeten Kameradschaft Northeim stammendes Transparent wird nach wie vor von Neonazis aus Südniedersachsen und den angrenzenden Bundesländern bei Demonstrationen wie „Merkel muss weg“ in Berlin oder dem „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) in Dortmund mitgeführt. Zum Ende des Jahres wurde der FKTN in Freundeskreis Thügida umbenannt.

¹⁸ Die Kundgebungen des FKTN unter anderem in Adelebsen, Dransfeld, Duderstadt und Göttingen verzeichneten zuletzt lediglich einstellige bis niedrige zweistellige Teilnehmerzahlen. An einer Demonstration des FKTN am 21.05.2016 beteiligten sich rund 60 Rechtsextremisten aus Niedersachsen und angrenzenden Bundesländern, an einer Kundgebung der NPD am 13.08.2016 in Göttingen rund 50 und an der Abschlussdemonstration zum Kommunalwahlkampf der NPD am 10.09.2016 etwa 100 Personen.

¹⁹ Heise ist seit dem 12.03.2017 stellvertretender Vorsitzender der Bundes-NPD.

Aktionsgruppe Nienburg / Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen (FKTN) – Sektion Nienburg

Die Aktionsgruppe Nienburg macht seit einigen Jahren unter wechselnden Bezeichnungen wie Nationale Sozialisten Nienburg oder Nationaler Widerstand Nienburg auf sich aufmerksam. Im Mittelpunkt steht dabei die Teilnahme von Einzelpersonen oder Kleingruppen an Demonstrationen im Bundesgebiet. Eine weitere Bezeichnung kam im August 2016 hinzu: Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen – Sektion Nienburg.

Aus dieser Verbindung resultierte eine am 19.11.2016 in Nienburg durchgeführte Demonstration des FKTN unter dem Motto „Deutschland muss leben – Familie – Heimat – Zukunft“. Hieran beteiligten sich insgesamt etwa 50 Angehörige des FKTN sowie der Neonaziszenen Hannover und Hildesheim, der Aktionsgruppe Weser-Ems, der Jungen Nationaldemokraten (JN) Braunschweig und der Partei Die Rechte Verden. Auf der Rückreise führten Demonstrationsteilnehmer eine nicht genehmigte Spontankundgebung vor dem linksalternativen Kulturzentrum Wohnwelt in Wunstorf (Region Hannover) durch und skandierten dabei rechtsextremistische Parolen.

Eine ähnliche Zielrichtung im Kampf um den öffentlichen Raum hatte bereits die versuchte Störung einer Antifa-Veranstaltung am 28.07.2016 in Nienburg. Gut ein Dutzend Rechtsextremisten aus Hannover, Nienburg und Verden hatten sich zum Ziel gesetzt, in Kleingruppen zum Veranstaltungsort, dem Nienburger Kulturwerk, zu gelangen, um einen dort von der Antifaschistischen Aktion Nienburg durchgeführten Infoabend zum Thema „Nienburger Nazistrukturen – Entwicklungen der rechten Szene in Nienburg“ zu stören. Das Unterfangen wurde von der Polizei verhindert werden.

Neonaziszenen Schaumburg und Weserbergland

Neonazis aus den Regionen Schaumburg und Hameln (Weserbergland) unterhalten enge Kontakte zu neonazistischen Strukturen in der benachbarten Region Ostwestfalen (Nordrhein-Westfalen). Im Vordergrund stand dabei der Besuch szenointerner Veranstaltungen. Einzelne Personen beteiligten sich auch an politischen Aktivitäten des nordrhein-westfälischen Stützpunktes Hermannsland der Partei Der III. Weg.

Im September 2016 führten Aktivisten der Partei diverse Propagandaaktionen in Bad Nenndorf (Landkreis Schaumburg) durch. So wurde am 10./11.09.2016 aus Anlass des bundesweiten Aktionswochenendes „Deutschland ist größer als die BRD“ der Schriftstellerin Agnes Miegel gedacht. An ihrem Gedenkstein sowie am Winckler-Bad²⁰ in Bad Nenndorf wurden Blumen niedergelegt. Weiter berichteten Angehörige des III. Weges über eine Flugblattverteilung durch „nationalrevolutionäre Aktivisten“, die damit „auf die zunehmende Gefahrenlage durch ungezügelter Überfremdung und Ausländerterror aufmerksam“ machen wollten. Darüber hinaus beteiligten sich Szeneangehörige an Demonstrationen, Kulturausflügen oder am sogenannten Heldengedenken zum Volkstrauertag.

Demonstrationen und Kampagnen der rechtsextremistischen Szene

Demonstrationen sind für die neonazistische Szene das wichtigste Mittel, um ihr ideologisches Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen und sich zugleich als Bewegung zu präsentieren. Demonstrationen können als Indikator für die thematische Schwerpunktsetzung und die Mobilisierungsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene angesehen werden. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Bereitschaft zur Demonstrationsteilnahme in den letzten Jahren nachgelassen hat.

Dies zeigte sich insbesondere an der Absage des Gedenkmarsches in Bad Nenndorf. Dieser sogenannte Trauermarsch war vormals eine der bedeutenden rechtsextremistischen Demonstrationen im Bundesgebiet. Hintergrund sind historisch belegte Übergriffe im ehemaligen alliierten Internierungslager (Winckler-Bad). Durch deren Gleichsetzung mit Verbrechen des Nationalsozialismus versucht die neonazistische Szene, den Nationalsozialismus zu relativieren.

Traditionell teilnehmerstarke Demonstrationen wie die sogenannten Trauermärsche aus Anlass der Bombardierungen von Magdeburg und Dresden verloren durch stark rückläufige Teilnehmerzahlen ebenfalls erheblich an Relevanz. Zu den größeren Demonstrationen mit nennenswerter Beteiligung niedersächsischer Neonazis zählten hingegen im Jahr 2016 die von der Partei Der III. Weg veranstaltete Kundgebung zum 1. Mai unter dem Motto „Kapitalismus zerschlagen – Für einen Deutschen Sozialismus“ in Plauen (Sachsen) sowie

²⁰ Siehe Ausführungen zum „Gedenkmarsch“ im folgenden Kapitel „Demonstrationen und Kampagnen der rechtsextremistischen Szene“.

die von der Partei Die Rechte im Juni in Dortmund durchgeführte Abschlussdemonstration der neonazistischen Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ mit jeweils etwa 900 Teilnehmern. Zu Demonstrationen von Gemeinsam Stark Deutschland (GSD) reisten im April in Magdeburg rund 700 und im Oktober in Dortmund rund 500 Hooligans und Rechtsextremisten an.

In Niedersachsen beteiligten sich Neonazis an den vom FKTN angemeldeten Demonstrationen „Deutschland eine Zukunft – Linker Gewalt entgegnetreten“ mit ungefähr 60 Teilnehmern im Mai in Göttingen und etwa 50 Teilnehmern im November in Nienburg sowie an Versammlungen aus Anlass des Kommunalwahlkampfes der NPD mit rund 50 bzw. 100 Teilnehmern im August und im September in Göttingen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die bereits seit einigen Jahren anhaltende personelle und aktionistische Stagnation der neonazistischen Szene hielt im Jahr 2016 an. Ausschlaggebend sind Attraktivitätsverlust und mangelnde Anschlussfähigkeit einer unzeitgemäßen und vergangenheitsbezogenen Thematisierung des historischen Nationalsozialismus. Gruppierungen stellten ihre Aktivitäten ein, verzichteten auf politisch geprägte Aktionen, reduzierten diese auf ein öffentlich nicht wahrnehmbares Maß oder sind lediglich noch virtuell präsent. Die Entstehung neuer Gruppierungen war hingegen nur in wenigen Einzelfällen zu beobachten.

Durch das Fehlen einer Koordinierung oder Steuerung der politischen Aktivitäten vollzieht sich die Entwicklung der neonazistischen Szene in Niedersachsen uneinheitlich. Dies spiegelt sich einerseits in der reinen Größe der Gruppierungen und zumeist losen Netzwerke wider, andererseits in der von den verbliebenen lokalen oder regionalen Strukturen unterschiedlich praktizierten Zusammenarbeit untereinander. Kooperationen über teilweise große räumliche Entfernungen sind ebenso feststellbar wie verschiedene Konstellationen mit Personen und Strukturen anderer Spektren. So sind in einigen Fällen auch Verbindungen zu den Parteien Die Rechte, Der III. Weg sowie zur NPD oder zu deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) zu beobachten, die jedoch häufig auf persönlichen Kennverhältnissen beruhen. Daneben bestehen Kontakte zu



überwiegend subkulturell geprägten Bruderschaften wie Nordic 12 (Bremer Umland) und Blood Brother Nation (Oldenburg und Vechta) oder zur rechtsextremistisch beeinflussten Hooliganszene. Nur durch diese Kooperationen scheint es der neonazistischen Szene derzeit möglich, das grundsätzlich schwindende Mobilisierungspotenzial oberflächlich zu kompensieren.

Ungeachtet dessen dürfte von der Neonaziszene weiterhin die Vorstellung von einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft als idealtypischer, zeitlos moderner Gegenentwurf zur liberalen und multikulturellen Gesellschaft gesehen und propagiert werden. Anhänger der neonazistischen Szene werden deshalb auch zukünftig versuchen, die daraus resultierenden fremdenfeindlichen und rassistischen Überzeugungen verschärft in den gesellschaftlichen Diskurs zur Flüchtlings- und Einwanderungsthematik einfließen zu lassen. Es besteht hierdurch die abstrakte Gefahr einer weiteren Radikalisierung, die in Gewalttaten gegen Asylsuchende und Flüchtlingsunterkünfte, aber auch gegen Helferinnen und Helfer sowie gegen Politikerinnen und Politiker münden kann.

2.6 Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)

Gründung / Bestehen seit	Oktober 2012; als eingetragener Verein mit Sitz in Paderborn (Nordrhein-Westfalen) seit August 2014: Identitäre Bewegung Deutschland e. V.	
Struktur / Repräsentanz	Bundesweit diverse Regional- und Ortsgruppen; Schwerpunkte in Niedersachsen sind die Region Hannover und der Raum Lüneburg	
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: 300 ⇨	Land: 50 ⇨

Veröffentlichungen Eigene Internetseite (Allgemeines) sowie gemeinsam mit österreichischen Aktivisten betriebene Internetseite (ideologische Positionen; Buch-, Film- und Musikrezensionen). Die einzelnen Regional- und Ortsgruppen sind mit eigenen Profildaten auch in den gängigen Sozialen Netzwerken zu finden.

Kurzportrait / Ziele Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ist eine aktivistische Gemeinschaft im europäischen Rechtsextremismus, deren Vertreter auch in Niedersachsen lokale Untergruppen gebildet haben. Die IBD ist in einer netzwerkähnlichen Struktur organisiert und basiert auf Personenzusammenschlüssen vor allem jüngerer Menschen zwischen 16 und 30 Jahren. Ideologisch wird die IBD dem Umfeld der Neuen Rechten²¹ zugeordnet und gehört zu einem intellektuell geprägten Spektrum im organisierten Rechtsextremismus, das sich auf die antidemokratischen Theoretiker der „Konservativen Revolution“ beruft. Belege hierfür sind ihre programmatischen Positionierungen und ihr ideologisches Konzept der „ethnokulturellen Identität“, aber auch diverse europaweite Kontakte zu Personen und Organisationen der Neuen Rechten. Im Gegensatz zu den Denkzirkeln der Neuen Rechten führt die IBD jedoch auch konkrete Aktionen durch und verbreitet diese anschließend medial aufbereitet im Internet.

Finanzierung Die IBD finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die eigene Vermarktung erfolgt über eine Internetseite.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die IBD versteht sich als Ableger der Identitären Bewegung Österreich und der französischen Jugendorganisation Génération identitaire (GI). Insbesondere die GI diente der IBD in ihrer Gründungsphase als Vorbild für eigene Aktivitäten. So findet sich auf der Internetseite der IBD ein Video der GI von Anfang Oktober 2012, das unter der Überschrift „Identitäre Generation – Die Kriegserklärung“

²¹ Die mit dem Begriff Neue Rechte bezeichnete ideologische Strömung beruft sich auf die „Konservative Revolution“, eine intellektuelle Strömung antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik. Der Begriff wird aber nicht einheitlich verwendet. Manche Autoren erfassen mit diesem Begriff den um Theoriebildung bemühten Teil des Rechtsextremismus in seiner Gesamtheit.

verlinkt ist²². Bei der GI handelt es sich um die Jugendorganisation des Bloc identitaire, der die Nachfolgeorganisation der aufgrund rassistischer und gewalttätiger Aktivitäten im Jahr 2002 verbotenen Gruppierung Unité radicale darstellt und von den französischen Behörden als rechtsextremistisch eingestuft wird.

Erkennungszeichen der IBD ist das Lambda, der elfte Buchstabe des griechischen Alphabets, in einem Kreis. Das Symbol war im antiken Griechenland das Erkennungsmerkmal der Spartaner, die u. a. im 5. Jahrhundert v. Chr. gegen die Invasion der Perser kämpften. In Anlehnung an den US-amerikanischen Kinofilm „300“ wird der Bezug zu den Soldaten des spartanischen Heeres hergestellt, die auf ihren Schilden das Lambda trugen. Die Mitglieder der Identitären Bewegung sehen sich in der Tradition der Spartaner und tragen dies mit der Verwendung des Lambda öffentlich zur Schau.



Die IBD betrachtet sich als Bestandteil einer europaweiten Bewegung. Ihr Ziel ist es, die europäische Jugend im Kampf für die ihrer Meinung nach bedrohte Freiheit und kulturelle Identität zu vereinen. Ihre vornehmliche Aufgabe sieht die IBD folglich in der Verteidigung und Bewahrung von „Heimat, Freiheit, Tradition“. An erster Stelle stehe hierbei der Erhalt der „ethnokulturellen Identität“, die durch einen befürchteten „demographischen Kollaps“ sowie durch angebliche „Massenzuwanderung“ und „Islamisierung“ bedroht sei. Das Konzept der „ethnokulturellen Identität“ bezeichnet dabei einen völkischen Nationalismus bzw. Regionalismus im europäischen Kontext. In Anlehnung an den Franzosen Alain de Benoist, der einer der maßgeblichen Vordenker der Neuen Rechten in Europa ist, wird darunter eine ethnische, religiöse und kulturelle Prägung von Gemeinschaften und ganzen Völkern verstanden, durch die allein sich die Identität des Einzelnen definiere.

Die IBD richtet sich deshalb vehement gegen Multikulturalismus und propagiert einen europäischen Ethnopluralismus, der erstens die vermeintlich zu verteidigenden kulturellen und zugleich angeblich naturgegebenen Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen im

Die IBD richtet sich deshalb vehement gegen Multikulturalismus und propagiert einen europäischen Ethnopluralismus, der erstens die vermeintlich zu verteidigenden kulturellen und zugleich angeblich naturgegebenen Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen im

22 Internetseite der Identitären Bewegung, Stand: Dezember 2015.

Sinne eines kulturellen Rassismus begründet und der zweitens dementsprechend die strikte räumliche und kulturelle Trennung unterschiedlicher Ethnien fordert. Die Positionen der IBD sind vor allem von einer zum antimuslimischen Rassismus tendierenden Islamfeindlichkeit geprägt. Die IBD behauptet eine Unvereinbarkeit und Feindschaft der Muslime mit der einheimischen Bevölkerung und schreibt ihnen unabänderliche Wesensmerkmale (frauenfeindlich, unehrlich, machtbesessen usw.) pauschal zu. Ethnische Zugehörigkeiten werden auf diese Weise kulturalisiert und religiös überhöht, auch um an bestehende fremden- und islamfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung anknüpfen zu können.



Seit die IBD im September 2014 ihre Kampagnenfelder auf das Thema Asylsuchende ausgeweitet hat, ist eine weitere Radikalisierung festzustellen. Nach Meinung der Identitären sind die Asylsuchenden in ihrer großen Mehrzahl „aggressive Kolonisatoren, die die indigene Bevölkerung immer weiter verdrängen und nicht integrierbar sind“. Im Zuge der Asylpolitik der Bundesregierung hat sich die IBD ab dem Jahr 2015 auf dieses Themenfeld fokussiert. Im Jahr 2016 wurde die Kampagne mit der Forderung nach „Remigration“ weitergeführt und wiederholt mit dem Hinweis auf eine angeblich gestiegene Bedrohungslage durch „Kriminelle und Terroristen“ im Zuge der vermeintlichen „Islamisierung“ Deutschlands und Europas verbunden:

„Ihr habt gesagt, unter den Einreisenden sind keine Terroristen und Kriminellen. Nun müssen wir die Schande von Köln und das Blut von Ansbach, Würzburg und Berlin beklagen. ... Dafür gibt es nur eine Lösung, Grenzen dicht und #Remigration. Wir haben die Mittel dazu.“

(Facebook-Seite der IBD, 13.01.2017)

Ergebnisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Fremdenfeindliche Transparentaktion an einer Autobahnbrücke bei Seevetal

Am 22.03.2016, dem Tag des islamistischen Terroranschlags in Brüssel, wird von Aktivisten der Identitären Bewegung im Raum Lüneburg ein großformatiges Transparent mit der Aufschrift „Heute

Brüssel, morgen Hamburg“ an eine Brücke über die Bundesautobahn 1 bei Seevetal (Landkreis Harburg) angebracht. Bilder dieser Aktion sowie eine Kritik an der „verfehlten Einwanderungspolitik“ finden sich medial aufbereitet auf der Facebook-Seite der Lüneburger Gruppe.²³

Islamfeindliche Aktion auf der Uferpromenade in Warnemünde (Mecklenburg-Vorpommern)

Am 09.04.2016 sorgt in Mecklenburg-Vorpommern eine Aktion für Aufsehen, die von den Identitären als „Burka-Invasion“ bezeichnet wird. Auf der Uferpromenade im Ostseebad Warnemünde demonstrieren etwa 15 Aktivisten voll verschleiert und mit dem Ruf „Allahu Akbar“ („Gott ist groß“), unter ihnen auch mehrere Personen aus Niedersachsen. Die mitgeführten Schilder mit der Aufschrift „Unterwerft Euch“ sollen den eigenen Angaben nach auf die „drohende Islamisierung“ hinweisen.

Fremdenfeindliche Transparentaktion vor einer Flüchtlingsunterkunft in Winsen/Luhe

Am 12.04.2016 befestigen ortsansässige Aktivisten an der niedergebrannten Flüchtlingsunterkunft in Winsen/Luhe (Landkreis Harburg) ein hochwertig bedrucktes Transparent mit der Aufschrift „Flame-Fugees – Not Welcome – Burn Down Your Own Houses“. Hintergrund ist die durch einen Bewohner verursachte Brandstiftung an dem Gebäude. Die Gestaltung des Transparentes persifliert dabei das bekannte „Refugees Welcome“-Emblem, da man Kritik am



²³ Facebook-Seite der IB Niedersachsen (vom 02.01.2017).

„Verhalten der Migranten, aber auch ein Zeichen gegen die Doppelmoral der Einwanderungsbefürworter“ setzen wolle. Wie bereits bei der „Burka-Invasion“ wird auch diese Aktion in professioneller Form in Text und Bild auf der Facebook-Seite der IB Niedersachsen dokumentiert.

Fremdenfeindliche Aktion im Hamburger Hauptbahnhof

Am 19.07.2016 veröffentlicht die IBD (wiederum unter Beteiligung der IB Niedersachsen) auf ihrer Facebook-Seite den Beitrag „Video zur Aktion am Hamburger Hauptbahnhof“. Bei der Aktion demonstrierte eine Gruppe von 10 bis 20 Aktivisten in Flashmob-Manier vor einem am Bahnsteig wartenden ICE. Im Mittelpunkt der Aktion stand abermals die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus, welcher von den Identitären bewusst undifferenziert als „islamischer Terror“ bezeichnet wird:

„Das Blutbad von Würzburg klebt auch an den Händen der Multikultis, die mit ihrer Politik der offenen Grenzen die europäische Bevölkerung schutzlos dem islamischen Terror ausliefern. Daher kann die Antwort auf diese Tat nur heißen: Schluss mit der Heuchelei und den offenen Grenzen, für die Festung Europa!“

Neue Aktionsform: Aufbringen von „Tatortspuren“ auf Straßen und Plätzen in mehreren deutschen Städten

Ende Juli initiierte die IB eine bundesweite Aktion, bei der – ähnlich einer Tatortmarkierung der Polizei – Kreideumrisse von Personen auf die Straße gemalt und mit Kunstblut oder roter Farbe versehen werden. Diese Zeichnungen werden durch den Schriftzug „#Remigration“ ergänzt. Auch auf der Facebook-Seite der IB Niedersachsen findet sich ein Hinweis auf die Beteiligung an dieser Aktionsform. So hätten „identitäre Aktivisten“ in der Nacht des 28.07.2016 ein „unmissverständliches Zeichen“ setzen wollen, indem sie mit Kreide die Umrisse eines Körpers versehen mit roter Farbe, symbolisch für Blut, auf die Straßen gezeichnet hätten. Diese Zeichnungen sollen laut IB die Terroropfer der letzten Zeit darstellen.

Islamfeindliche Aktion in der Hamburger Hafencity

Am 13.08.2016 präsentieren sich drei Aktivistinnen der Identitären Bewegung aus Hamburg und Niedersachsen stilisiert als Frauen aus dem Jahr 2006 (unauffällig), dem Jahr 2016 mit geschminkten Blutergüssen im Gesicht und aus dem Jahr 2026 mit einer vermeintlichen „Burka“ bekleidet, um das Kampagnenthema „Der Große Austausch“ mit Übergriffen auf Frauen durch männliche Asylbewerber zu verknüpfen und um auf diese Weise Muslime und Flüchtlinge pauschal mit Gewalt und Kriminalität gleichzusetzen. Zusätzlich wurde bei der Aktion in der Hamburger Hafencity ein Transparent mit der Aufschrift „Wann ist es euch bunt genug? – [Islamisierung] Loading... Please Wait – Identitäre Bewegung“ gezeigt.²⁴



Fremdenfeindliche Aktion am Brandenburger Tor in Berlin

In einer bundesweit beachteten Aktion klettern am 27.08.2016 etwa 15 Aktivisten, darunter auch Personen aus Niedersachsen, auf das Brandenburger Tor in Berlin und besetzen kurzzeitig das symbolträchtige Bauwerk im Zentrum der Bundeshauptstadt. Einige Aktivisten gelangen bis auf die Quadriga, entzünden dort Rauchfackeln und schwenken Flaggen mit dem Erkennungszeichen der Identitären. Auf einem entrollten Transparent, das nahezu auf ganzer Länge die Front des Brandenburger Tores abdeckt, steht

²⁴ Facebook-Seite der IBD (vom 09.01.2017).

die Aufschrift „Sichere Grenzen – Sichere Zukunft“. Unterhalb der Quadriga ist ein kleineres Transparent mit der Aufschrift „Identitäre Bewegung“ angebracht, direkt neben der Quadriga halten Aktivisten ein Transparent mit der Aufschrift „Festung Europa – Grenzen schützen! Leben retten!“ Nach Aufforderung der Polizei räumen die Aktivisten das Bauwerk wieder. Zuvor waren sie mit Hilfe einer Leiter über das Dach eines Seitenbaus, in dem sich der „Raum der Stille“ befindet, auf das Brandenburger Tor gelangt. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes wurde dabei ausgesperrt.



Neue Aktionsform: Verteilung von Pfefferspray in Lüneburg²⁵

Am 09.10.2016 verteilen Aktivisten der IB Niedersachsen in der Innenstadt von Lüneburg Pfefferspray an Frauen. Das Motto der Aktion lautet: „Werde nicht zum Opfer – Selbstschutzkampagne in Lüneburg“. Hintergrund ist die mutmaßliche Vergewaltigung einer jungen Frau durch Asylbewerber. In einem Statement heißt es, man wolle mit der Aktion „über die Gefahren ... informieren, die sich aus der Masseneinwanderung von zumeist männlichen Migranten in unser Land ergeben.“ Die Aktion wurde auf der eigenen Facebook-Seite dokumentiert.

²⁵ Ähnliche Aktionen wurden vom 08.01. bis 10.01.2016 auf den Bahnhöfen in Osnabrück, Leer, Papenburg und Bielefeld durchgeführt.

Blockade der Bundesgeschäftsstelle der CDU in Berlin

Am 21.12.2016 blockieren etwa 50 Aktivisten den Zugang zur Bundesgeschäftsstelle der CDU im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin. Nach eigenem Bekunden sei die Einwanderungspolitik der Bundesregierung u. a. Schuld an dem Terroranschlag auf einen Weihnachtsmarkt am 19.12.2016 in Berlin. Die Aktivisten fordern „die sofortige Schließung der Grenzen, die Ausweisung illegaler Einwanderer, den Stopp der Islamisierung Europas sowie die Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel, um zu verhindern, dass sich solche Taten wiederholen.“ An der Blockade, die schließlich von der Polizei aufgelöst wurde, nahmen auch Mitglieder der Identitären Bewegung aus Niedersachsen teil.



Fremdenfeindliche Transparentaktion am Kölner Hauptbahnhof

Eine weitere medienwirksame Aktion fand am 28.12.2016 in Köln statt. Mitglieder der IB entrollten auf dem Dach des Kölner Hauptbahnhofes ein Banner mit der Aufschrift „Nie wieder Schande von Köln! #Remigration“. Beifall erhielten sie von weiteren Aktivisten auf dem Bahnhofsvorplatz. Insgesamt beteiligten sich etwa 50 Personen an der Aktion, darunter auch Personen aus Niedersachsen. Auf ihrer Facebook-Seite spricht sich die IBD in dem Zusammenhang wiederholt gegen „Masseneinwanderung“ aus und verweist bezüglich der Silvesterereignisse in Köln zum Jahreswechsel 2015/2016 auf „das Schicksal hunderter geschändeter Frauen und den Missbrauch

an ihnen“. Dieser mittlerweile angeblich alltäglichen Bedrohung in der Bundesrepublik würden die Identitären als die nach eigenem Bekunden letzten Verteidiger und Bewahrer von „Heimat, Freiheit, Tradition“ entgegentreten, gegen ein „beispielloses Totalversagen der Politik, eine Vertuschung durch die Medien und das Scheitern der Justiz.“

Neue Struktur der IBD in Niedersachsen seit Mai 2016

Die IBD verfügt über zahlreiche Internetpräsenzen in verschiedenen sozialen Netzwerken, die jedoch häufigen Wechseln, Löschungen und Neueinrichtungen unterliegen. Der Aufbau der IBD ergibt sich primär aus den verschiedenen Facebook-Gruppen sowie aus der Darstellung auf der eigenen Internetseite (Stand: 16.12.2016). Dort ist anhand einer Karte der Bundesrepublik Deutschland zu sehen, dass die IBD zurzeit aus 15 Regionalgruppen bestehen soll. Jedoch ist nicht jede Regionalgruppe tatsächlich existent, weder bei Facebook noch in der realen Welt, wie das Beispiel der Identitären Bewegung Ostfalen zeigt. Stattdessen gibt es für Niedersachsen wie auch für Sachsen-Anhalt jeweils eine eigene Regionalgruppe. Wie auf der bei Facebook veröffentlichten Karte zu sehen ist, umfasst die IB Niedersachsen das gesamte Bundesland einschließlich der Stadtstaaten Bremen und Hamburg. Zusätzlich hat sich mittlerweile in Hamburg eine eigene Ortsgruppe gebildet. Die Facebook-Seite der IB Niedersachsen existiert seit Mai 2016 und ersetzt die bis dahin aktiven Seiten der Gruppierungen Identitärer Großraum Hannover und Identitäre Bewegung Großraum Lüneburg.







Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Mit dem Kampagnenthema „Der Große Austausch“ beweist die Identitäre Bewegung ihre Aktionsfähigkeit und verbindet diese mit einer ideologisch-programmatischen Gesamtstrategie zur „ethno-kulturellen Identität“. Die IBD zielt auf eine Anschlussfähigkeit ihrer Kampagnen an breitere gesellschaftliche Kreise und ist deshalb bemüht, sich nach außen als eine gemäßigte islamkritische, lediglich um das Wohlergehen des deutschen Volkes und dessen Fortbestand besorgte Bewegung zu inszenieren. In ihren Publikationen zeigen

sich jedoch unverkennbar islam- und fremdenfeindliche Positionen bis hin zu völkisch-nationalistischen Haltungen. Ideologisch verfolgt die IBD damit weiterhin einen Ethnopluralismus, der Menschen aufgrund kultureller Zugehörigkeiten klassifiziert und bewertet. Der Einzelne wird nicht als Individuum, sondern als Teil eines Kollektivs wahrgenommen, dem bestimmte unabänderliche Merkmale und Eigenschaften zugeschrieben werden. Im Sinne eines volksgemeinschaftlichen Denkens wird hierbei die Identität eines Menschen aufgrund seiner ethnischen Herkunft definiert. Die Identität eines Volkes bzw. einer Nation ist demnach vor allem durch die jeweiligen kulturellen Eigenheiten und Errungenschaften geprägt. Den ideologischen Bezugsrahmen bieten rechtskonservative Theoretiker der Weimarer Republik wie Oswald Spengler, Carl Schmitt und Ernst Jünger, die zu den antiliberalen und antiegalitären Denkzirkeln der „Konservativen Revolution“ gezählt werden. So steht im Mittelpunkt der identitären Ideologie ein kollektivistisches Begriffsverständnis von „Freiheit, Heimat, Tradition“, das primär auf Ausgrenzung, Abwertung und Ungleichheit setzt und sich kategorisch gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richtet.

2.7 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz / Verbreitung	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Sitz des Bundesverbandes: Berlin; Sitz des Landesverbandes: Oldenburg Junge Nationaldemokraten (JN) Sitz des Bundesverbandes: Alt Krenzlin (Mecklenburg-Vorpommern); Sitz des Landesverbandes: nicht bekannt
Gründung / Bestehen seit	1964; 1969 der Jugendorganisation

Struktur / Repräsentanz	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Bundsvorsitzender: Frank Franz; Landesvorsitzender: Ulrich Eigenfeld; wenige handlungsfähige Unterbezirke in Niedersachsen Junge Nationaldemokraten (JN) Bundsvorsitzender: Sebastian Richter; Landesvorsitzender: nicht bekannt; außer in Braunschweig keine handlungsfähigen Stützpunkte in Niedersachsen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Bund: 5.000  Land: 350  Junge Nationaldemokraten (JN) Bund: 330  Land: 10 
Veröffentlichungen	Bund: Deutsche Stimme (DS) (monatlich); Web-Angebote auf Bundes- und Landesebene sowie in Sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist eine rechtsextremistische Partei, die die Demokratie in Deutschland beseitigen will und stattdessen offen und aggressiv fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Positionen propagiert. Ihre von völkisch-rassistischen Vorstellungen geleitete Programmatik weist eine ideologische und sprachliche Nähe zur Ideologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) auf.
Finanzierung	Staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die NPD lehnt die freiheitliche Demokratie ab und will diese beseitigen. Dies betrifft auch einzelne wesentliche Prinzipien und Grundwerte unserer Verfassung. So negiert die Partei die im Grundgesetz vertretene Idee, dass jeder Mensch als Individuum und ohne Vorbedingungen eine Würde besitzt. Die NPD spricht Menschen nur eine Würde als Teil eines nationalen Kollektivs zu. In dem 2010 verabschiedeten Parteiprogramm „Arbeit – Familie – Vaterland“ proklamiert sie die Volksgemeinschaft: „Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft. Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit.“ In konsequenter Umsetzung dieser völkisch-nationalen Grundordnung will die NPD alles „Fremde“ aus der „Solidargemeinschaft aller Deutschen“ entfernen.



Foto: NPD

Aus den Verlautbarungen ihrer Funktionsträger ist zu schließen, dass die NPD die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung durch eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft ersetzen will. Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) entschied sich am 05.12.2012 für einen erneuten Antrag auf ein Verbot der NPD, der am 03.12.2013 beim Bundesverfassungsgericht eingereicht wurde. In seiner höchstrichterlichen Entscheidung vom 17.01.2017 wies das Bundesverfassungsgericht jedoch den Verbotsantrag unter Hinweis auf die mittlerweile relative Bedeutungslosigkeit der NPD ab, auch wenn von den Richtern die Verfassungsfeindlichkeit der Partei ausdrücklich herausgestellt wurde.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bei den fünf Landtagswahlen im Jahr 2016 musste die NPD deutliche Stimmenverluste hinnehmen. In Sachsen-Anhalt sowie in Mecklenburg-Vorpommern erwarb die Partei mit 1,9 Prozent bzw. 3,0 Prozent noch Anspruch auf die für die Partei so wichtige staatliche Parteienfinanzierung. In Baden-Württemberg (0,4 Prozent), Rheinland-Pfalz (0,5 Prozent) und Berlin (0,6 Prozent) verlor die NPD gegenüber den Wahlen 2011 über die Hälfte ihrer Stimmen. Der Parteivorsitzende Frank Franz führte das schwache Abschneiden auf „knappe personelle Ressourcen und „strukturelle Defizite in der Fläche“ zurück, weshalb die kommunale Verankerung zukünftig wieder viel stärker in den Blick zu nehmen sei. Als weiteren Grund nannte er das schwebende NPD-Verbotsverfahren. Aus diesem Grund profitiere die NPD nicht von der „dramatischen politischen Gesamtlage in Deutschland“, so Franz. Von dieser profitiere stattdessen die Alternative für Deutschland (AfD).²⁶

²⁶ Frank Franz in: Deutsche Stimme, Nr. 5/2016, Seite 12.

In den Wahlkämpfen hatte die NPD gehofft, durch den Verzicht auf eigene Direktkandidaturen und durch eine Erststimmenkampagne zu Gunsten der AfD mehr Zweitstimmen auf sich vereinen zu können. Auch hatte die Partei ihren Fokus auf die für sie bedeutsamen Themen soziale Gerechtigkeit, Wirtschaft, Arbeit und Flüchtlinge gesetzt.²⁷ Mit ihren aggressiven fremdenfeindlichen Parolen versuchte sie im Wahlkampf, Ängste gegenüber Migranten zu schüren und diese pauschal als Kriminelle zu verunglimpfen. Dennoch gelang es der NPD nicht, sich bei den Wahlen erfolgreich von der AfD abzusetzen.

NPD scheitert bei Wahl in Mecklenburg-Vorpommern

Mit dem verpassten Wiedereinzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 04.09.2016 verlor die Partei nach der Wahl in Sachsen im Herbst 2014 nicht nur ihre letzte Landtagsfraktion, sondern büßte damit auch einen Großteil an finanziellen Ressourcen ein. Laut einer Analyse des Forschungsinstituts Infratest dimap verlor die NPD in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt rund 23.000 Wähler an andere Parteien, davon den weitaus größten Teil (20.000) an die AfD. Dass die NPD aber durchaus noch Wähler ansprechen kann, zeigten die Kommunalwahlen am 06.03.2016 in Hessen, bei der die Partei in einigen Kommunen die Zahl ihrer Mandate verdoppeln konnte.



Udo Pastörs, Foto: NPD

Aktivitäten der NPD

Zur Durchsetzung ihrer Ziele verfolgt die NPD unverändert die 1996 entwickelte „Drei-Säulen-Strategie“ („Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente“). So führte die NPD auch im Jahr 2016 ihre jährlichen dezentralen Demonstrationen zum 1. Mai durch. In Schwerin fand unter dem Motto „Für Volk und Heimat – Tradition verpflichtet“ die größte Veranstaltung mit rund 400 Personen statt. Als Redner traten der Parteivorsitzende Frank Franz sowie der Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Stefan Köster, und der damalige Vorsitzende der Landtagsfraktion, Udo Pastörs, auf.

²⁷ „Umfragen Wahlentscheidende Themen“, in: <http://www.tagesschau.de> vom 04.09.2016.

In Bochum beteiligten sich etwa 180 Personen an der Veranstaltung unter dem Motto „Wir arbeiten, Fremde kassieren – Asylmißbrauch stoppen“. An einer gemeinsam von den NPD- und JN-Landesverbänden in Sachsen durchgeführten Kundgebung unter dem Motto „Grenzen dicht – Migranten sind die Armee des Kapitals“ nahmen rund 150 Personen teil. Der Berliner NPD-Landesverband führte drei Standkundgebungen unter dem Motto „Asylflut stoppen“ durch. Darüber hinaus organisierte die NPD eine Vielzahl von Demonstrationen zur Flüchtlingsthematik und nahm auch an anderen Protestkundgebungen teil, beispielsweise an den Demonstrationen unter dem Titel „Merkel muss weg“²⁸ in Berlin.

Der „Kampf um die Köpfe“ umfasst neben der Schulung von Mitgliedern auch den Kampf um die Deutung politischer Begriffe (kulturelle Hegemonie). Hierbei versucht die NPD, an vorhandene Ressentiments in Teilen der Bevölkerung anzuschließen. Hatte die NPD bei Wahlerfolgen in vergangenen Jahren noch von den Protestbewegungen gegen die Sozialreformen profitiert, verschob sich in der Folgezeit der thematische Schwerpunkt in Richtung Asylmissbrauch und Überfremdung.

Die NPD zwischen „seriöser Radikalität“ und rassistischer Volksgemeinschaft

Dem Bundesvorsitzenden Frank Franz ist es in seinen zwei Amtsjahren nicht gelungen, die Partei hinter sich zu vereinen. Franz hatte in Anlehnung an das Konzept der „seriösen Radikalität“ des ehemaligen Bundesvorsitzenden Holger Apfel²⁹ versucht, die Partei weiter zu

modernisieren, indem das völkische Programm der Partei nicht offen vertreten werden sollte. In der Mai-Ausgabe der Parteizeitung Deutsche Stimme (DS) hatte er erklärt, dass der „Erhalt unseres Volkes auch und insbesondere auf ethnischer Grundlage für uns zweifellos wichtig und unabdingbar notwendig“ sei, dieser ideologische Kerngedanke aber für den Normalbürger kaum eine Rolle spiele. Der partei-



Frank Franz, Foto: NPD

²⁸ Organisiert von der Initiative „Wir für Berlin – Wir für Deutschland“.

²⁹ Apfel war in der Zeit von 13.11.2011 bis zum 19.12.2013 Bundesvorsitzender der NPD.

internen Aufforderung nach einem radikaleren Erscheinungsbild der NPD entgegnete Franz, dass er nach wie vor an seinem Standpunkt festhalte, keine „Randgruppenbelastung“ zu betreiben.

Ungeachtet dessen wurde in der gleichen Ausgabe der Deutschen Stimme ein Bericht veröffentlicht, in dem der Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess glorifiziert wird. Im September führte der DS-Redakteur Thorsten Thomsen darüber hinaus ein Interview mit dem rechtsextremistischen Publizisten Johannes Scharf³⁰ über den Erhalt der Rassen.³¹ In der gleichen Ausgabe rezensiert Thomsen das Buch „Was tun“ des französischen Rechtsextremisten Pierre Krebs und zitiert dabei die rassentheoretischen Überlegungen des Autors:

„Es geht hier grundlegend um die Achtung vor den Gesetzen des Lebens, und diese Gesetze sind kompromisslos zu befolgen, wenn man nicht in der Abwärtsspirale des Rasantodes verenden will.“

Auf ähnliche Weise betonte Udo Pastörs in seiner Rede am 01.05.2016 in Schwerin, dass es die „Grundlage aller politischen Handlungen in unserem Land“ sein müsse, „das Ziel des Volkserhaltes für die Deutschen in Deutschland sicherzustellen“:

„Und wer, liebe Mitstreiter, mit Phrasen kommt, wir brauchen Zuwanderung, damit auch morgen noch der Standort Deutschland funktioniert, der ist ein Dummkopf oder ein Volksverräter, weil die Grundlage in Deutschland eben nicht der Wirtschaftsstandort ist, sondern die biologische Existenz und die Zukunftssicherung in Deutschland und für die Deutschen, für alle Zukunft, liebe Freunde.“

(Youtube, 04.05.2016)

Wie wichtig der Glaube an die Volksgemeinschaft auch für die Jungen Nationaldemokraten (JN) ist, verdeutlicht der Internetbeitrag „Meine Religion ist das Volk“³², in dem es wörtlich heißt:

„Ich glaube, weil ich Deutscher bin. Ich glaube an die Reinheit der deutschen Seele und weiß in meinem tiefsten Inneren, dass alles, was ich von diesem Glauben aus tue, der gerechten Sache angehört.“

³⁰ Scharf verfasst seit 2007 Artikel für diverse rechtsextremistische Zeitungen wie „hier & jetzt“ und „Volk in Bewegung“.

³¹ Deutsche Stimme, Nr. 9/2016, Seite 3f.

³² „Meine Religion ist das VOLK“, Internetseite der JN vom 25.04.2016.

Am 08.05.2016, dem Jahrestag der deutschen Kapitulation im Jahr 1945, veröffentlichten die JN auf ihrer Homepage ein Video mit dem Titel „Revisionismus in dreißig Minuten“ des französischen Holocaustleugners Vincent Reynouard, in dem die staatliche Vernichtung von Juden durch das NS-Regime kategorisch geleugnet wird.

Schwieriges Verhältnis der NPD zur AfD

Im Umgang mit der AfD gibt es seitens der NPD keinen parteiübergreifenden Konsens. Anfänglich hatte sie versucht, sich von der AfD zu distanzieren, und betont, dass diese keine wirkliche Alternative sei. In den Landtagswahlkämpfen des Jahres 2016 wurde dann jedoch die Kampagne „Erststimme der AfD – Zweitstimme der NPD“ initiiert. Der Bundesvorsitzende Franz erklärte dazu im YouTube-Kanal DS-TV, Folge 7–16, die Unterschiede zwischen den Parteien anhand drei markanter Beispiele. So wolle die AfD ein Einwanderungsgesetz, während für die NPD Deutschland kein Einwanderungsland sei. Auch würde sich die AfD für eine Westbindung aussprechen, die NPD aber richte sich gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr („Wir wollen raus aus dem US-geführten Nato-Militärbündnis“). Außerdem fordere die AfD eine Privatisierung der Arbeitslosenversicherung, die NPD hingegen wende sich strikt gegen jeden weiteren Sozialabbau.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren

Der von den Innenministern und -senatoren der Bundesländer am 03.12.2013 beim Bundesverfassungsgericht eingereichte Antrag auf Verbot der NPD und ihrer Unterorganisationen wurde am 17.01.2017 vom Zweiten Senat des Gerichts zurückgewiesen (BVerfGE 2 BvB 1/13). Grundlage für den Verbotsantrag waren die durch die Verfassungsschutzbehörden gesammelten Materialien über die NPD, die fortlaufend ergänzt wurden. Im Hinblick auf das gescheiterte Verbotsverfahren im Jahr 2003 wurden dafür alle V-Personen in den Führungsebenen der Partei zurückgezogen.

Mit dem einstimmig gefassten Urteil wird der NPD jedoch höchstrichterlich bescheinigt, verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen. Ihr Ziel sei es, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, so Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle. Allerdings reiche eine verfassungsfeindliche Gesinnung allein für ein Verbot der NPD nicht

aus. Die Partei müsse auch das Potenzial haben, ihre Ziele erfolgreich umzusetzen, wie es in der Urteilsbegründung weiter heißt.

„Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) vertritt ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept. Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin. Allerdings fehlt es (derzeit) an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt, weshalb der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes den zulässigen Antrag des Bundesrates auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung der NPD und ihrer Unterorganisationen (Art. 21 Abs. 2 GG) mit heute verkündetem Urteil einstimmig als unbegründet zurückgewiesen hat.“

(Bundesverfassungsgericht, „Kein Verbot der NPD wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele“, Pressemitteilung Nr. 4/2017 vom 17.01.2017)



Foto: NPD

Das Bundesverfassungsgericht setzt mit dem Urteil einen neuen Maßstab, der von der bisherigen Rechtsprechung zum Parteiverbot abweicht, vor allem zum KPD-Verbot im Jahr 1956. „Anders als im KPD-Urteil kommt nach Auffassung des Senats ein Parteiverbot nur in Betracht, wenn eine Partei über hinreichende Wirkungsmöglichkeiten verfügt, die ein Erreichen der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele nicht völlig aussichtslos erscheinen lassen, und wenn sie von diesen Wirkungsmöglichkeiten auch Gebrauch macht“, so Voßkuhle. Dies sei bei der NPD aber nicht der Fall.

Das Gericht verweist auf das schlechte Abschneiden der NPD bei überregionalen Wahlen. Die Partei sei gegenwärtig lediglich mit einem Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten, und die Wahlergebnisse bei Europa- und Bundestagswahlen stagnierten auf sehr niedrigem Niveau.

Anhaltspunkte für eine künftige Veränderung ihrer Entwicklung lägen nicht vor, wie der Gerichtspräsident weiter ausführte. Zugleich betonte er aber, dass der Gesetzgeber stattdessen die Möglichkeit schaffen könnte, einer verfassungsfeindlichen Partei die Erstattung der Wahlkampfkosten zu versagen und damit die staatliche Finanzierung zu entziehen. Allerdings müsste hierfür das Grundgesetz geändert werden. Ein entsprechender Antrag wurde daraufhin im Bundesrat auf dem Weg gebracht. Ihm liegt ein Gesetzentwurf des Landes Niedersachsen vom 02.02.2017 zugrunde.

In der Medienberichterstattung wurde die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts als ein historisches Urteil gewertet, weil es die Hürden für ein Parteiverbot höher lege als bisher.

„Der neue Maßstab lautet: Eine verfassungsfeindliche Partei wie die NPD muss auch das Potenzial haben, ihre Ziele umzusetzen. Fehlt es an diesem Potenzial, ist ein Parteiverbot nicht gerechtfertigt. Dies wird in Zukunft in jedem Einzelfall sehr genau geprüft werden müssen.“

(Klaus Hempel, „Urteil zur NPD. Nicht verboten, aber vielleicht bald pleite“, in Tagesschau.de vom 17.01.2017)

Aktivitäten der NPD in Niedersachsen

Der Landesverband unterhält nach wie vor elf Unterbezirke, von denen die meisten lediglich auf dem Papier existieren. Am Jahresende 2016 hatte die Partei nur noch 350 Mitglieder.



Fotos: NPD

Zu den Aktivitäten der NPD Niedersachsen gehört u. a. die Durchführung von Brauchtumsfeiern auf dem Anwesen des NPD-Mitgliedes Joachim Nahtz in Eschede (Landkreis Celle). Zum Erntedankfest am 24.09.2016 und den Sonnenwendfeiern am 25.06. und

17.12.2016, die von der Frauengruppierung Düütsche Deerns und örtlichen Freien Kräften unterstützt wurden, nahmen jeweils bis zu 80 Personen teil.

Die Jungen Nationaldemokraten (JN) führten am 16.01.2016 eine Mitgliederschulung durch, in deren Rahmen ebenfalls die Bedeutung von Brauchtumsfeiern für die Volksgemeinschaft herausgestellt wurde. In einem auf ihren Internetseiten veröffentlichten Bericht über diese Schulung nehmen die JN eindeutig Stellung zum Stellenwert der völkischen Ideologie:

„Den verheerenden Auswirkungen lebensfeindlicher Ideologien stellen wir unsere Lehre der Volksgemeinschaft gegenüber, welche einzig das Lebensrecht unseres Volkes vertritt. Zu den weiteren Aktivitäten zählen die Teilnahme an Brauchtumsfeiern und eine Kranzniederlegung am 13. November.“

(Internetseite der JN vom 19.01.2016).

Ihren 51. ordentlichen Landesparteitag führte die NPD am 12.06.2016 in einem Kleingartenverein in Wolfsburg durch. Obwohl der Europaabgeordnete und ehemalige Bundesvorsitzende Udo Voigt eine Gastrede hielt, nahmen lediglich 30 Delegierte samt Gästen an der Veranstaltung teil. Im Mittelpunkt des Parteitages standen die Rechenschaftsberichte des Landesvorsitzenden Ulrich Eigenfeld und des Landesschatzmeisters Friedrich Preuß sowie die Vorbereitungen für die Kommunalwahlen am 11.09.2016.



Udo Voigt, Foto: NPD

Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes führte die NPD ihre im Jahr 2015 begonnene Reihe von Kurzkundgebungen fort. Bei den Veranstaltungen in Goslar, Haselünne (Landkreis Emsland), Osterholz-Scharmbeck (Landkreis Osterholz) und Stade nahmen jeweils rund ein Dutzend Personen teil. Am 13.08.2016 beteiligten sich rund 50 NPD-Anhänger an den Demonstrationen in Göttingen und Adelebsen unter dem Motto „Bürgerwut in den Kreistag“. Mit zwei Kundgebungen am 10.09.2016 in Göttingen und Stade beendete die Partei ihren Wahlkampf. Unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ beteiligten sich in Stade zwischen 60 und 70 Rechtsextremisten aus dem norddeutschen Raum an der Veranstaltung. Redner waren u. a. die Neonazis Thomas Wulff aus Mecklenburg-Vorpommern und Mark Michael Proch, Mitglied des Stadtrates in Neumünster (Schleswig-Holstein).

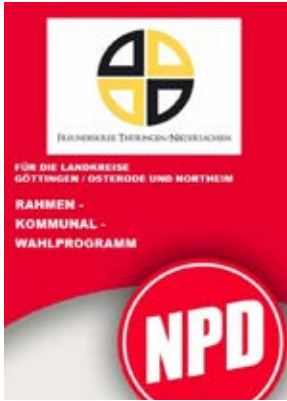


Foto: NPD

Jens Wilke, NPD-Kandidat bei den Landrats- und Kreistagswahlen in Göttingen, meldete als Vertreter der rechtsextremistischen Gruppierung Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen eine Demonstration in der Universitätsstadt an. Unter dem Motto „Bürgerwut in den Kreistag“ fanden sich am 10.09.2016 hierzu rund 100 Rechtsextremisten ein. Als Redner trat neben Wilke auch der thüringische Neonazi und NPD-Funktionär Thorsten Heise auf. Im Anschluss an die Demonstration in Göttingen trafen sich die Teilnehmer zu einer Spontankundgebung in Northeim. Anlass für eine weitere Spontankundgebung am Bahnhof von Friedland, an der sich noch 45 Personen beteiligten, war der Brand eines Kraftfahrzeuges, das einem örtlichen NPD-Mitglied gehörte.

Bei den Kommunalwahlen am 11.09.2016 trat die NPD mit 55 Kandidaten an, die sich um 83 Mandate bewarben. Bei den Kreistagswahlen gelang es aber lediglich dem langjährigen NPD-Kommunalpolitiker Adolf Preuß im Landkreis Helmstedt, sein Mandat zu verteidigen. Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2011 verlor die Partei auf Kreisebene rund die Hälfte ihrer Wähler und erzielte mit 12.935 Stimmen nur 0,1 Prozent. Auf Gemeindeebene gingen noch 15 Sitze an die NPD, vier Mandate weniger als bei der Wahl zuvor. Schwerpunkt der Wahlkampfaktivitäten war der NPD-Unterbezirk Göttingen mit 14 Mandatsbewerbern. Die meisten dieser Kandidaten waren dem Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen zuzuordnen, die ein eigenes regionales Wahlprogramm aufgelegt und zahlreiche Lautsprecherfahrten zum Zweck der Wahlpropaganda durchgeführt hatten.

Für die Bundestagswahl 2017 wählten die Delegierten bei einer Vertreterversammlung am 08.01.2017 in Königslutter (Landkreis Helmstedt) die Vorsitzende des Unterbezirks Hannover, Christina Krieger, auf Platz 1 der Landesliste. Auf den weiteren Plätzen folgten Matthias Behrens (Unterbezirk Heide-Wendland), Torsten Schoenrock (Unterbezirk Ostfriesland-Friesland), Manfred Dammann (Unterbezirk Stade) und der Landesvorsitzende Ulrich Eigenfeld (Unterbezirk Oldenburg).

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die NPD scheint sich unter der Führung von Frank Franz stabilisiert zu haben. Allerdings lässt sich daraus kein positiver Trend erkennen, wie die Wahlergebnisse bei den Kommunal- und Landtagswahlen zeigen. Auch aus dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren wird die Partei aller Voraussicht nach keinen Nutzen ziehen können, gilt sie doch nun höchstrichterlich bestätigt als verfassungsfeindliche, aber auch relativ unbedeutende Partei. So ist zu erwarten, dass die Propaganda der NPD künftig weitaus radikaler ausfallen wird, um in der Öffentlichkeit und insbesondere bei potenziellen Wählern wieder wahrgenommen zu werden. Der parteiinterne Streit um die öffentliche Darstellung der NPD dürfte damit weiter befeuert werden. Für den niedersächsischen Landesverband gilt wie bisher die Einschätzung, dass aufgrund der vielfach inaktiven Unterbezirke und der geringen Kampagnenfähigkeit auch in Zukunft der Bedeutungsverlust der NPD voranschreiten wird.

2.8 Die Rechte

Sitz / Verbreitung	Sitz des Bundesverbandes: Parchim (Mecklenburg-Vorpommern); Sitz des Landesverbandes: Amt Neuhaus (Landkreis Lüneburg)	
Gründung / Bestehen seit	2012 (Bundesverband); 2013 (Landesverband)	
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Christian Worch; Landesvorsitzender: Holger Niemann; zehn Landesverbände im Bundesgebiet; fünf Kreisverbände in Niedersachsen (Braunschweiger Land, Emsland, Hannover-Hildesheim, Heidekreis, Verden)	
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: 700 ↗	Land: 40 ↘
Veröffentlichungen	Flugblätter (Verteilaktionen im Raum Verden und in der Region Hildesheim); Web-Angebote: Die vorrangige Außendarstellung erfolgt für den Bundesverband über das Facebook-Profil und die parteieigene Internetseite; der Landesverband Niedersachsen informiert ebenfalls auf Facebook über Parteiaktivitäten und gibt Stellungnahmen zu bundes- und landespolitischen Themen ab.	

Kurzportrait / Ziele

Die Partei Die Rechte wurde im Mai 2012 in Hamburg von Mitgliedern der ehemaligen Deutschen Volksunion (DVU) und dem langjährigen Neonazi Christian Worch gegründet. Den Posten des Bundesvorsitzenden übernahm Worch selbst. Als stellvertretende Vorsitzende wurde die ehemalige Landesvorsitzende der DVU Schleswig-Holstein, Ingeborg Lobocki, gewählt. Im September 2012 folgte die Gründung des mitgliederstärksten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen durch ehemalige Mitglieder der im August 2012 verbotenen neonazistischen Kameradschaften Aachen, Dortmund und Hamm. Die ehemaligen Kameradschaftsführer übernahmen im Landesvorstand und in den Kreisverbänden die Führungsfunktionen und setzen seitdem unter dem Schutz des Parteienprivilegs ihre bisherigen Aktivitäten fort. Zudem traten der Partei vereinzelt NPD-Mitglieder bei.



Auch in Niedersachsen kommen der Großteil der Führungsebene und ein relevanter Teil der Mitglieder aus der neonazistischen Szene. Die Nutzung des Parteienprivilegs, vor allem die Anmeldung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten zur Verbreitung neonazistischer Propaganda, erfolgt in Niedersachsen uneinheitlich.

Während die Mehrzahl der Kreisverbände kaum öffentlich in Erscheinung tritt, fällt lediglich noch der Kreisverband Verden mit gelegentlichen Demonstrationen, Kundgebungen und sonstigen Aktionen auf. Den Schwerpunkt dieser Aktivitäten bildet die fremdenfeindliche Agitation gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Hinzu kommt die Kritik an vermeintlich staatlicher Repression zum Nachteil der Partei und ihrer Anhänger.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Spenden, Einnahmen aus Veranstaltungen

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der Einfluss führender Neonazis im Bundesvorstand sowie im Landesverband Nordrhein-Westfalen, von dem Die Rechte dominiert wird, veränderte den Charakter der Partei, die bei ihrer Gründung das nach eigenem Bekunden „sprachlich wie inhaltlich modernisierte und ergänzte“ frühere Programm der ehemaligen DVU zur Grundlage genommen hatte.³³ Die Rechte steht seitdem hinsichtlich ihrer Ideologie, ihrer Aktivitäten und der führenden Personen in der Kontinuität der verbotenen neonazistischen Kameradschaften. Ihre Agitation ist von Demokratie- und Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus bestimmt.

Im Parteiprogramm fordert Die Rechte zur „Wahrung der Deutschen Identität“ auf. Sie propagiert die Erforderlichkeit, dass „übermäßige fremde Einflüsse“, wie z. B. „die Amerikanisierung“ zurückzudrängen seien und wünscht einen europäischen Verbund, „in dem jedes Volk nach seiner eigenen, natürlich gewachsenen Ordnung leben kann“. Die Partei folgert, dass „alle Anstrengungen für die Bewahrung des deutschen Charakters unseres Vaterlands“ sinnlos würden, „wenn es Politikern im Bund mit der Meinungsindustrie gelänge, Deutschland in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer ‚Europäischen Union‘ aufzulösen.“

Im Wahlprogramm „25 Forderungen zur Dortmunder Kommunalwahl 2014“, mit dem Die Rechte symbolisch an das 25 Punkte-Programm der NSDAP anknüpft, bekennt sie sich unter Punkt 19 eindeutig zur Volksgemeinschaft:

„Eine Gesellschaft, welche die Schwächsten alleine lässt, ist zum Scheitern verurteilt – jeder Volksgenosse, der unverschuldet in Not gerät, muss sich auf Hilfe verlassen können. Die Rechte will eine starke Volksgemeinschaft, in der keiner allein gelassen wird.“

Im Kapitel „Kriminalität und Überfremdung“ werden Migranten pauschal als kriminell bezeichnet, um sie auf diese Weise aus der Gesellschaft ausgrenzen zu können. In der Flüchtlingsdebatte wird ein „sofortiger Einwanderungsstopp“ von „Asyltouristen“ und „Sozialschmarotzern aus EU-Staaten“ gefordert.

³³ Bei der Gründung der Partei hatte der Bundesvorsitzende Worch Die Rechte als „weniger radikal als die NPD“, aber „radikaler als die REPs und die PRO-Bewegung“ beschrieben (Internetseite von Christian Worch).

Exemplarisch für die Glorifizierung des Nationalsozialismus und die Relativierung der NS-Verbrechen ist eine Mahnwache unter dem Motto „Vergesst niemals Dresden 1945“ samt der hierbei mitgeführten Transparente mit der Aufschrift „1. Mai – seit '33 arbeitsfrei“ und der Bezeichnung der Waffen-SS als „erste europäische Befreiungsarmee“.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die meisten öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Partei Die Rechte gingen vom Landesverband Nordrhein-Westfalen und dessen Kreisverbänden aus. Insbesondere vor dem Hintergrund der Flüchtlingsthematik sind auch bei anderen Landesverbänden zunehmende Aktivitäten zu verzeichnen.

In Nordrhein-Westfalen übernahm Die Rechte unter dem Schutz des Parteienprivilegs die zuvor von den verbotenen Kameradschaften veranstalteten Aktionen. An der Kundgebung unter dem Motto „Unser Signal gegen Überfremdung“ beteiligten sich am 04.06.2016 in Dortmund rund 900 Personen. Die Veranstaltung fand im Rahmen der neonazistischen Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) statt, zu der sich Teilnehmer aus verschiedenen rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen zusammenfanden. Die Veranstalter hatten jedoch im Vorfeld mit weit mehr als 1.000 Personen gerechnet. Begleitet wurde die Veranstaltung von zahlreichen Gegendemonstrationen mit mehreren hundert Teilnehmern.



Am 16.12.2016 besetzten Aktivisten der Partei Die Rechte den Kirchturm der Dortmunder Reinoldikirche und brachten dort Banner mit fremdenfeindlichem Aufdruck an. Mittels Megafon und unter Verwendung bengalischer Feuer skandierten sie gegen „Islamisierung“ und einen angeblichen Bevölkerungsaustausch in Deutschland. Neben dieser Aktion kamen weitere regelmäßige Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen hinzu, um der Öffentlichkeit gegenüber die Absicht zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung zu suggerieren. Die Rechte fokussierte ihre Aktivitäten auch im Jahr 2016 auf eine fremdenfeindliche Anti-Asyl-Agitation, vor allem in Form von Infoständen, Flugblattverteilungen und Online-Berichterstattung.

Niedersächsischer Landesvorsitzender erneut in den Bundesvorstand gewählt

Im Rahmen des Bundesparteitages der Partei Die Rechte am 15.05.2016 in Dortmund wurde der niedersächsische Landesvorsitzende Holger Niemann aus Amt Neuhaus (Landkreis Lüneburg) erneut in den erweiterten Parteivorstand gewählt. Diesem gehört auch der Vorsitzende des Kreisverbandes Verden, Markus Walter, an. Walter ist laut eigenen Angaben auch verantwortlich für die Internetseite des nordrhein-westfälischen Kreisverbandes Rhein-Erft mit Sitz in Pulheim bei Köln.

Die Rechte Verden als neuer Schwerpunkt der Partei

In Niedersachsen gingen die Aktivitäten der Partei Die Rechte fast ausschließlich vom Kreisverband Verden aus. Andere Kreisverbände verzeichneten hingegen kaum oder keine öffentlichen Aktivitäten und beschränkten sich im Internet auf sporadische Veröffentlichungen in den entsprechenden Sozialen Netzwerken. Auch die Aktivitäten des bis dahin sehr aktionsorientierten Kreisverbandes Hannover-Hildesheim gingen nach internen Querelen und dem Austritt bzw. Ausschluss des Kreisvorsitzenden Johannes Welge aus der Partei im November 2015 deutlich zurück. Parallel zu dieser Entwicklung konnte eine stetig zunehmende Belebung des Kreisverbandes Verden beobachtet werden. Belege hierfür waren fortlaufende Veröffentlichungen auf der eigenen Internetseite und auf dem Facebook-Profil „Nationale Nachrichten aus dem Landkreis Verden“

sowie mehr oder weniger öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Flugblattverteilungen und das szenetypische „Heldengedenken“ zum Volkstrauertag.



Weitere Aktivitäten waren die gemeinsam mit der Aktionsgruppe Nienburg/Weser und Szeneangehörigen aus Hannover versuchte Störung einer Informationsveranstaltung der Antifa am 28.07.2016 in Nienburg sowie eine Transparentaktion mit der Aufschrift „Ausländer raus“ und „Selbstmord gegen Rechts“ an der Bundesautobahn 27 im Raum Verden. Besonders auffällig waren die Vernetzungsbemühungen des Kreisverbandes Verden. So wurde intensiv für überregionale Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene geworben und an mehreren Vorträgen einschlägiger Geschichtsrevisionisten wie Udo Walendy und Ursula Haverbeck-Wetzel (beide Nordrhein-Westfalen) teilgenommen.

Am Pfingstweekenende (13. bis 16.05.2016) soll nach Angaben auf der bundesweiten Internetseite der Partei Die Rechte ein gemeinsames Zeltlager mit etwa acht bis zehn Angehörigen der Kreisverbände Verden und Rhein-Erft (Nordrhein-Westfalen) stattgefunden haben. Ebenfalls eine nur geringe Teilnehmerzahl und keine Außenwirkung

hatte ein am 20.08.2016 in Eißel an der Weser (Landkreis Verden) durchgeführtes Zeltlager „zur Förderung der Gemeinschaft und Unterhaltung fernab der bundesrepublikanischen Vergnügungsmeilen“. Am 27.08.2016 organisierte Die Rechte in Walsrode (Landkreis Heidekreis) eine Solidaritätsveranstaltung für Haverbeck-Wetzel mit rund 50 Teilnehmern aus nahezu dem gesamten Bundesgebiet (siehe unten und Kapitel 2.10). Darüber hinaus haben Angehörige des Kreisverbandes Verden nach eigenen Angaben am 05.11.2016 an einer Demonstration von Die Rechte Sachsen-Anhalt „für die Herstellung der Souveränität Deutschlands“ in Magdeburg teilgenommen. Am 28.01.2017 führte der Landesverband Die Rechte Niedersachsen eine Demonstration in Nienburg mit etwa 40 Teilnehmern durch, darunter auch mehrere Mitglieder des Bundesvorstandes.



Enge Vernetzung mit Neonazis und subkulturell geprägten Rechtsextremisten

Weiterhin besteht eine enge Vernetzung von Mitgliedern der Partei Die Rechte sowohl mit Angehörigen der Neonaziszene als auch mit subkulturell geprägten Rechtsextremisten. Deutlich wird dies etwa durch die gemeinsame Beteiligung an Musikveranstaltungen oder politischen Aktivitäten.

Beispiel hierfür ist die oben genannte Solidaritätsveranstaltung für und mit Ursula Haverbeck-Wetzel am 27.08.2016 in Walsrode (Landkreis Heidekreis), an der etwa 50 bis 60 Angehörige verschiedener rechtsextremistischer Organisationen aus zahlreichen Bundesländern teilnahmen, u. a. aus Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Neben den Parteifunktionären Michael Brück (Nordrhein-Westfalen) und Markus Walter (Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen) traten die Liedermacher „Wut aus Liebe“ (Niedersachsen) und „Maik aus Magdeburg“ (Sachsen-Anhalt) auf. Redner waren zudem die bundesweit bekannten Neonazis Dieter Riefeling³⁴ (Niedersachsen) und Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpom-

³⁴ Riefeling trat im Februar 2015 eine mehr als zweijährige Gesamtfreiheitsstrafe wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen an. Unter anderem soll er beim Rechtsrock-Festival „Rock für Deutschland“ im Jahr 2012 in Gera (Thüringen) die Fernsehmoderatorin Mo Asumang aus Anlass ihres Dokumentarfilms „Die Arier“ rassistisch beleidigt haben. Nach Verbüßung von Zweidritteln der Haftstrafe wurde Riefeling im Juni 2016 vorzeitig auf Bewährung entlassen.



Dieter Riefling

mern) sowie die verurteilte Holocaustleugnerin Haverbeck-Wetzel (Nordrhein-Westfalen). Gegen Haverbeck-Wetzel wurde aufgrund des Verdachts, in ihrer Rede den Holocaust geleugnet zu haben, ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet.

Die Verbindungen zwischen Partei und Neonaziszene belegen auch weitere Auftritte von Riefling bei Szeneveranstaltungen. Am 24.09.2016 war er mit einem Wortbeitrag zu Gast bei einer von Die Rechte Karlsruhe durchgeführten Mobilisierungsveranstaltung für den TddZ 2017 („Tag der deutschen Zukunft“). Kurz darauf trat Riefling neben Sascha Krolzig von der Partei Die Rechte und Bernd Stehmann von der NPD (beide Nordrhein-Westfalen) als Redner bei einem überparteilichen Treffen am 07.10.2016 in Ostwestfalen auf.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der Landesverband Niedersachsen der Partei Die Rechte setzt sich überwiegend aus Angehörigen der neonazistischen Szene zusammen, die nun unter gezielter Nutzung des Parteienstatus ihre bisher außerparteilich durchgeführten Aktivitäten fortführen, ohne ein Vereinsverbot fürchten zu müssen.

Trotz einer formal landesweiten Präsenz entfaltet die Partei Die Rechte lediglich im Bereich des Kreisverbandes Verden nennenswerte öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Verzeichnete der Landesverband in den vergangenen Jahren noch konstante bis leicht steigende Mitgliederzahlen, so hat sich dieser Trend mittlerweile umgekehrt. Ursächlich hierfür dürfte vor allem die negative Entwicklung im ehemals äußerst aktiven Kreisverband Hannover-Hildesheim sein. Die auch weiterhin bestehenden Kontakte in die Neonaziszene und zum JN-Stützpunkt Braunschweig scheinen hier wieder mehr zum Tragen zu kommen und manchen Angehörigen des Hildesheimer Kreisverbandes zur Neuorientierung veranlasst zu haben.

Der Partei Die Rechte ist es in Niedersachsen bislang nicht gelungen, sich als relevanter politischer Akteur und mögliche Wahlalternative zu positionieren. Zwar ist die Partei im Bund wie auch in Niedersachsen ein bedeutsamer Akteur im organisierten Rechtsextremismus, aber eine nennenswerte Entwicklung zu einem gesamtgesellschaftlichen Faktor ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erkennen.

2.9 Europäische Aktion (EA)

Sitz / Verbreitung	Sitz der Gesamtorganisation: Schweiz; Sitz der Landesleitung Deutschland: Verden	
Gründung / Bestehen seit	2010	
Struktur / Repräsentanz	Leiter der Gesamtorganisation: ein junger, namentlich nicht offen genannter Aktivist; Landesleiter Deutschland: Dr. Rigolf Hennig; eine organisationsübergreifende, europaweit agierende Organisation ohne Vereins- oder Parteistatus; Schwerpunkte sind Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein; nach dem „Führerprinzip“ organisiert; oberste Steuerungsebene ist die sogenannte „Tagsatzung“, die sich aus den Landesleitungen, deren Stellvertretern und den Fachabteilungsleitern zusammensetzt; in Deutschland bestehen neben der Landesleitung noch diverse Gebietsleitungen und lokale Stützpunkte.	
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: 100 ⇨	Land: 20 ⇨
Veröffentlichungen	Publikation: Mitteilungsblatt Europa ruft (unregelmäßig); eigene Internetseite und eigenes Facebook-Profil	
Kurzportrait / Ziele	Die Gründung der revisionistischen Europäischen Aktion (EA) erfolgte Anfang 2010 zunächst unter der Bezeichnung Bund Freies Europa (BFE) um den ehemaligen Vorsitzenden des 2008 verbotenen Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV), Bernhard Schaub. Unter dem Titel „Die Europäische Aktion – Aufbau und Ziele der europäischen Freiheitsbewegung“ formulierte Schaub die Grundpositionen als „7 Ziele“, darunter die „Repartriierung außereuropäischer Einwanderer“. Diese Zielformulierungen sollen laut EA „den geistigen Nährboden für den bereits stattfindenden Kampf um (die) biologisch-kulturgeschichtliche Existenz“ bilden. ³⁵	

35 Internetseite der EA vom 03.06.2015: „Grundsätzliches zum europäischen Freiheitskampf“.

Die EA versteht sich als „fundamentale Gegenbewegung zum herrschenden System“ und als „Lebens- und Kampfgemeinschaft“ für „die Freiheit und Selbständigkeit Europas und seiner Völker“. Ihr Ziel ist ein vollständiger Systemwechsel und die Wiederherstellung eines „freien und souveränen deutschen Reiches“ auf der Grundlage einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft. In typischer revisionistischer Manier wird gegen angebliche Denk- und Redeverbote agiert, die ihren „gemeinsamen Mittelpunkt in den Gaskammern von Auschwitz“ hätten.³⁶



Daneben steht die fremdenfeindliche Forderung nach Rückführung außereuropäischer Einwanderer. Mit einer solchen grundsätzlich für alle rechtsextremistischen Organisationen anschlussfähigen Zielsetzung unterstreicht die EA ihr Selbstverständnis von einer organisationsübergreifenden Sammlungsbewegung innerhalb des Rechtsextremismus.

Finanzierung

Spenden und Beiträge der Aktiven

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Ideologisch ist die EA neonazistisch, rassistisch und antisemitisch ausgerichtet. Sie ist organisationsübergreifend tätig und sieht sich als Bewegung für die Freiheit und Selbständigkeit Europas und seiner Völker. Die EA strebt einen vollständigen Systemwechsel an und propagiert eine „Europäische Eidgenossenschaft“, die im „Kern das Deutsche Reich bildet“, in dem dann „wieder die Volksgemeinschaft als Gewähr des sozialen Gedeihens“ gilt. Als Volk bezeichnet die

³⁶ Bernhard Schaub, „Die Europäische Aktion. Aufbau und Ziele der europäischen Freiheitsbewegung“, Eschenz: Ghibellinum-Verlag 2011, Seite 12.

EA „eine geistig gesunde, raum- und blutsgebundene Gemeinschaft.“³⁷

Die EA richtet sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und die im Grundgesetz konkretisierten Grund- und Menschenrechte, die kaum bzw. nur noch eingeschränkt Anwendung finden sollen. Die EA agiert gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gegen das friedliche Zusammenleben der Völker. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts umfasst dies auch die Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus. Bezüge der EA zum historischen Nationalsozialismus werden durch revisionistische Agitationsfelder und regelmäßig durch die Veröffentlichungen des Landesleiters Deutschland, Hennig, belegt. Entsprechend der nationalsozialistischen Rassenlehre diffamiert die EA wiederholt Menschen jüdischen Glaubens und lehnt die Existenz des Staates Israel ab.



Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Sprecher der EA haben auch im Jahr 2016 auf zahlreichen rechtsextremistischen Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet für ihre Organisation geworben. Ein eigenes Europafest der EA fand im Berichtsjahr jedoch nicht statt. Im Internetbeitrag „Der ‚gute Rechte‘ anstelle des ‚guten Ausländer‘“ wurden aber die Leser und Aktiven aufgefordert, „aus der (politischen) Nische raus in die soziale Mittel, offen und wahrnehmbar“ zu treten:

„Wir sollten weniger in abgeschotteten Kameradschaften und Parteien verharren ... Natürlich sind Kameradschaften und Parteien für die politische Agitation wichtig. Doch dürfen sie nicht als Vorwand zur Abschottung und Isolation beitragen. Vielmehr sollen wir ZUSÄTZLICH zum politischen Raum auch den sozialen in Anspruch nehmen – in Fussball-, Musik-, Turnverein, in Bücherkreisen, Müttergruppen, Theatergruppen usw. Über diesen Zugang stärken wir unsere Position in Zeiten schwächelnder Feindstrukturen und erhalten den Zugang zum Volke. Subtil, aber gewiss!“

(Internetseite der EA, „Der ‚gute Rechte‘ anstelle des ‚guten Ausländer‘“, 28.07.2016)

Im Jahr 2016 baute die EA ihre Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit weiter aus und stellte im Dezember ihre neugestaltete Internetseite vor.

37 Internetseite der EA vom 17.12.2015: „Konsumveranstaltung“.

Ausruf zum „Kampf- und Schicksalsjahr“

Der EA-Gründer und ehemalige Leiter der Tagsatzung, Schaub, rief in seinem Neujahrsbrief zum „Kampfjahr 2016“ auf. Durch die „hemmungslose Überflutung Deutschlands durch raumfremde Einwanderer, angelockt durch die herrschende Politikklasse der BRD und gehätschelt durch Parteien, Medien, Kirchen und allerlei Gutmenschen“ werde das Jahr 2016 zum „Schicksalsjahr“ werden. Denn „die Agonie des identitären Europa“, die mit den „Niederlagen Deutschlands in den Weltkriegen“ begonnen habe, trete nun ins „kritische Stadium“:

„Wenn jetzt nichts geschieht, werden unsere Kinder als verschüchterte Minderheit in einem gemischtrassigen, islamisch dominierten Europa leben, das dann auf Drittweltniveau steht und endgültig gelenkt wird von transatlantischen Klubs und jüdischen Bank- und Medienzaren, eine kontrollierte, manipulierte und genveränderte Menschenmasse.“

(Internetseite der EA, „Neujahrsbrief von Bernhard Schaub zum Kampfjahr 2016“, 01.01.2016)

Schaub propagiert unverhohlen die Beseitigung des demokratischen Systems der Bundesrepublik, fordert einen „Zangenangriff auf das herrschende System“ durch einen „Staatsstreich einer volks- und europatreuen Elite“ für einen „autoritären Staat“. Als „vollständiges, konsequentes und kompromissloses Befreiungsprogramm“ stellt Schaub die „7 Ziele“ der EA auf dem Weg zur „Machtübernahme“ heraus. Die EA als „politische Partisanenbewegung“ bereite sich verpflichtend auf die „unweigerlich eintretenden kriegerischen oder bürgerkriegsähnlichen Zustände“ mit „Vorratshaltung, Kampfsport, Wehrsport usw.“ vor. Es sei Aufgabe aller EA-Aktivisten, sich diese Kenntnisse anzueignen, „damit sie einen sicheren Wegweiser im Kampf ums Überleben des Volkes und unserer gemeinsamen europäischen Heimat“ besäßen.

Deutschlandleiter propagiert die Volksgemeinschaft als Gegenentwurf

Im November veröffentlichte die EA auf ihrer Internetseite eine dreiteilige Reihe unter dem Titel „Rück- und Ausblick“. Hennig suggeriert darin Untergangs- und Überfremdungsszenarien in Form einer vom jüdischen „Erzfeind“ betriebenen „Völkervernichtung durch Rassenmischung“. Antisemitische Verschwörungstheorien gehen

hier Hand in Hand mit einem rassistischen Menschenbild, das für Hennigs Publikationen prägend ist und zugleich zur ideologischen Grundausrichtung der EA gehört:

„Eine kleine, aber scheinbar allmächtige Handvoll Menschen strebt nach der Weltherrschaft. Unter dem Begriff ‚Globalismus‘ wollen ‚Jene‘, die im Zionismus festzumachen sind, uningeschränkt über die Reichtümer der Welt, die Bodenschätze, die Nahrungsquellen und Schlüsselstellungen der Macht verfügen.“

(Internetseite der EA, „Rück- und Ausblick“, Teil 1-3, November 2016)

Die antisemitische Hetzschrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“ von 1897 sei hierfür die „gegenständliche Gebrauchsanweisung“ und „nahezu vollständig umgesetzt“, wie Hennig erklärt. In diesem Zusammenhang diffamiert er Flüchtlinge und Asylbewerber als „häufig nutzlose bis schädliche Gäste aus fremden Erdteilen“. Hennig fordert entsprechende Gegenmaßnahme gegen die aus seiner Sicht „unechte Demokratie“ zugunsten einer „Volksherrschaft nach dem Willen des Volkes und die Wandlung der gegenwärtigen Auslese der Gesellschaft nach unten in eine Auslese unserer Gemeinschaft nach oben.“

EA propagiert eine „Blut- und Bodenideologie“

In aller Deutlichkeit propagiert die EA im Beitrag „Die Familie als Kernpfeiler der Gemeinschaft – Schluss mit der inneren Volkszersetzung“ eine „Blut- und Bodenideologie“ im Sinne der Volksgemeinschaft, denn allein diese sei entscheidend für den „Aufbau eines neuen Deutschlands“. Die von der EA geforderte „nationale und soziale“ Werteordnung steht dabei im Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Denn nur eine solche Werteordnung könne „die natürliche Schicksals- und Blutgemeinschaft“ umfassen. Diese völkische Ideologie ist exklusiv und schließt alle anderen Menschen in Deutschland als Teil der Gesellschaft aus:

„Unsere Aufgabe ist es diese deutsche Familie auch in Zeiten der Not und des Krieges am Leben zu erhalten. Die Familie und der Boden, beide Lebensquell unserer Nation, werden entscheidend sein beim Aufbau eines neuen Deutschlands.“

(Internetseite der EA, „Die Familie als Kernpfeiler der Gemeinschaft – Schluss mit der inneren Volkszersetzung“, 20.07.2016)



Die Flüchtlingsthematik als verbindendes Element

Die Flüchtlingsthematik war auch im Jahr 2016 programmatischer Schwerpunkt der EA. Aus Sicht der Europäischen Aktion stellt die Zuwanderung „eine feindselige Invasion rassistisch-kulturell fremder Menschen in unseren Lebensraum“ dar und bedeutet neben „der finanziellen auch eine kulturell-identitäre Belastung für Europa“, da die „Zahl dieser ungebetenen Eindringlinge ... kontinuierlich steigt.“³⁸

In der aktuellen Flüchtlingssituation tritt die EA mit einer verstärkt aggressiven Rhetorik in Erscheinung. In antisemitischer und verschwörungstheoretischer Diktion wird von einer „planmäßigen Umvolkung“³⁹ und von der „Endphase der Umsetzung eines dämonischen Plans zur ganzheitlichen Vernichtung der europäischen Völker“ durch eine „international verflochtene Völker- und Ausraubungspolitik in Gestalt des politischen Zionismus“⁴⁰ berichtet.

„Ihr Ziel besteht darin, die Völker Europas mittels massenhafter Zufuhr fremder Ethnien in einer hybriden Einheitsmasse aufzulösen, da sich Mischlinge besser steuern und lenken lassen, als identitätsstiftende und homogene Völker!“⁴¹

(Internetseite der EA „Beihilfe zum Mord“, 14.09.2016)

38 Internetseite der EA, „Flüchtlingskrise?“, 27.10.2016.

39 Internetseite der EA, „Planmäßige Umvolkung“, 29.11.2016.

40 Internetseite der EA, „Die Kernschmelze in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, 13.06.2016.

41 Internetseite der EA, „Beihilfe zum Mord“, 14.09.2016.

Ferner wird behauptet, dass „mit dem afroasiatischen Einwanderungstsunami ... der finale Akt im Vernichtungskrieg gegen die Völker Europas eingeleitet [wurde].“

Menschenverachtend wird die These aufgestellt, die mediale Berichterstattung über das Elend der Flüchtlinge sei auf perfide Art und Weise inszeniert und zum Zweck einer vermeintlichen Gehirnwäsche der Bevölkerung gesteuert:

„Um Sympathien und Mitgefühl für die massenhaft einströmenden Zivilokkupanten zu entwickeln, werden bewusst dramatische Bilder von weinenden und verzweifelten Menschen – oder gar toten Kindern – ausgestrahlt. Uns wird eingetrichtert, bei den feindseligen Invasoren handle es sich um hilfsbedürftige und notleidende Menschen. Dahinter verbirgt sich ein eiskaltes psychologisches Kalkül.“

(Internetseite der EA, „Gefangen im EU-Korsett der Demokraten“, 01.05.2016)

Ziel dieser angeblichen Gehirnwäsche sei es, so die Überzeugung der EA, das deutsche Volk „in seiner genetischen Substanz ... durch eine massenhafte Ansiedlung fremdrassiger Zivilokkupanten in seinem angestammten Lebensraum“ zu zerstören.⁴² Es gehe darum, eine „gefügige wurzellose Verwertungsmasse“ zu züchten, bestehend aus „geistig herunternivellierten Arbeits- und Konsumidioten“.⁴³

EA propagiert den „Volksaufstand“ nebst „Recht auf Notwehr und Selbstverteidigung“ und führt „Feldübung“ in Thüringen durch

In einem Internetbeitrag unter dem Titel „Um zu Überleben“ propagiert die EA einen „Volksaufstand“ als vermeintliche Lösung aus „dieser schier aussichtslosen Lage“. Dieser Aufstand müsse dabei nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa erfolgen. Den „geistigen Unterbau“ dafür würden die „7 Ziele“ der Europäischen Aktion bilden, „um den Befreiungskampf der Völker Europas länderübergreifend zu organisieren.“⁴⁴

42 Internetseite der EA vom 14.09.2016 „Beihilfe zum Mord“.

43 Internetseite der EA vom 22.06.2016 „Kein Zufall“.

44 Internetseite der EA vom 22.06.2016 „Kein Zufall“.

Eine „physische Gewalt zur Durchsetzung von politischen Zielen aus ethischer Überzeugung“ lehnt die EA vordergründig ab, betont jedoch, dass aus ihrer Sicht in aktuellen Bedrohungssituationen „selbstverständlich das Recht auf Notwehr und Selbstverteidigung“⁴⁵ ausgenommen sei.

Im Sinne der vom EA-Vordenker Schaub genannten „politischen Partisanenbewegung“ und seiner Aufforderung, sich auf einen „erfolgreichen Widerstand“ bei „unweigerlich eintretenden kriegerischen oder bürgerkriegsähnlichen Zustände(n)“ mit „Vorratshaltung, Kampfsport, Wehrsport usw.“⁴⁶ vorzubereiten, fand im Dezember eine Wehrsportübung als „Feldübung im Thüringer Wald“ statt. Die EA berichtete hierüber im Internetbeitrag „Geschäftiger Jahresabschluss in Thüringen“⁴⁷. Die Wehrsportübung wird darin als „aktive Vorsorge für das Überleben in Krisen- und Katastrophenfällen“ mit „Material- und Ausrüstungsübung“ der EA Thüringen bezeichnet.

Demonstrationen und Unterstützung islamfeindlicher Gruppierungen

Die Flüchtlingsthematik begünstigt eine Zusammenarbeit der EA mit anderen rechtsextremistischen Organisationen und erweist sich als verbindendes Element. Funktionäre und Aktivisten der EA begleiteten aktiv Demonstrationen, Aufmärsche und Kundgebungen, so zum Beispiel am 07.05.2016 in Berlin bei der Demonstration unter dem Motto „Merkel muss weg!“ oder in Thüringen häufig mit Beteiligung des dortigen EA-Gebietsleiters Axel Schlimper. Bei diesen Gelegenheiten konnte zahlreiches Informationsmaterial an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie an interessierte Bürgerinnen und Bürger abgegeben werden.

Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen

Die EA verfügt über eine Vielzahl nationaler und internationaler Kontakte in die rechtsextremistische Szene. Bereits im Jahr 2012 wurde eine Kooperation mit der NPD vereinbart. Ferner bestehen Kontakte zu den rechtsextremistischen Organisationen Die Russlanddeutschen Konservativen und Verein Gedächtnisstätte e. V.

⁴⁵ Internetseite der EA vom 14.09.2016 „Beihilfe zum Mord“.

⁴⁶ Internetseite der EA vom 01.01.2016: „Neujahrsbrief von Bernhard Schaub zum Kampfsport 2016“.

⁴⁷ Internetseite der EA, „Geschäftiger Jahresabschluss in Thüringen“, 30.12.2016.

sowie zu Meinolf Schönborn, dem Herausgeber der rechtsextremistischen Publikation *Recht und Wahrheit* (RuW). Unter dem Titel „Wir sind im Krieg“ ist ein gemeinsames Flugblatt der EA mit dem rechtsextremistischen Thule-Seminar veröffentlicht worden: „Offene Grenzen töten! Dichte Grenzen retten!“

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die sogenannten 7 Ziele der EA stehen im Widerspruch zu den Wesensmerkmalen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie beeinträchtigen bzw. verletzen eine Vielzahl von Grundwerten und Menschenrechten und liefern somit den programmatischen Beleg für die rechtsextremistische Ausrichtung der Organisation. Eine Nähe zur NS-Ideologie ist unverkennbar.

Die Flüchtlingsthematik ist als wichtiges und verbindendes Element zu sehen, die eine Zusammenarbeit der EA mit anderen rechtsextremistischen Organisationen weiter fördert. Dies ist insbesondere im Hinblick auf das von der EA formulierte Ziel einer „Repatriierung außereuropäischer Einwanderer“ zu sehen, also der Rückführung aller in Deutschland und Europa lebenden Ausländer als Ausdruck eines volksgemeinschaftlichen Denkens im Sinne ethnisch-kultureller Homogenität. Die Agitation der EA gegen die aktuelle Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik steht im Widerspruch zur deutschen Rechts- und Werteordnung und dem Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16a Abs. 2 des Grundgesetzes.

Rechtsextremisten unterschiedlicher Ausrichtung arbeiten unter dem organisatorischen und ideologischen Dach der EA zusammen. Die EA zeigte im Jahr 2016 verstärkt öffentliche Präsenz durch die Teilnahme an Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen und eine Vielzahl von Veröffentlichungen auf der EA-Internetseite sowie – bis zu seinem Verbot – im rechtsextremen Internetportal *Altermedia Deutschland*.⁴⁸ Im „Kampf um die Wahrung der Existenz“ Deutschlands und Europas versucht die EA Zukunftsängste zu schüren, indem sie den Zusammenbruch des Systems heraufbeschwört. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion zur Flüchtlingspolitik erscheint ein weiterer Zulauf zur EA nicht ausgeschlossen. Die glorifizierenden Veröffentlichungen Hennigs zum bewaffneten

⁴⁸ Das Internetportal *Altermedia Deutschland* wurde am 27.01.2016 durch den Bundesinnenminister verboten.

Partisanenkampf in Südtirol können zu einer Radikalisierung gerade junger Anhänger beitragen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass auch Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten sowie Ehrenamtliche, die sich für Flüchtlinge engagieren, Angriffen ausgesetzt sein könnten.

Die EA als internationale Sammlungsbewegung wird ihre Vernetzung in alle Bereiche des Rechtsextremismus weiter ausbauen. Ein Umsturz des von der EA verhassten politischen Systems mit der dann folgenden Errichtung einer „Europäischen Eidgenossenschaft“, deren Kern das „Deutsche Reich“ bilden sollte, erscheint jedoch als Utopie.

2.10 Freistaat Preußen / Stimme des Reiches (SdR)

Sitz / Verbreitung	Sitz der Organisation: Verden	
Gründung / Bestehen seit	1995	
Struktur / Repräsentanz	„kommissarischer Staatspräsident“: Dr. Rigolf Hennig; „Landtagspräsident“: Heinrich Mock; SdR-Schriftleitung: Reinhold Leidenfrost	
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: nicht bekannt	Land: Einzelpersonen
Veröffentlichungen	Publikation: Stimme des Reiches (SdR) (Auflage: ca. 1.500 Stück)	
Kurzportrait / Ziele	Die Organisation Freistaat Preußen wurde 1995 gegründet. Ihre ideologische Ausrichtung ist geschichts- und gebietsrevisionistisch. Führende Funktionäre sind Dr. Rigolf Hennig („kommissarischer Staatspräsident“) und Heinrich Mock („Landtagspräsident“). Der Freistaat Preußen tritt derzeit nach außen lediglich durch die Herausgabe der im Eigendruck hergestellten Publikation Stimme des Reiches (SdR) in Erscheinung, deren Beiträge offen antisemitische mit revisionistischen und ausländerfeindlichen Positionen verbinden. Autoren sind größtenteils Protagonisten	

der 2008 verbotenen Vereine Collegium Humanum (CH) und des Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV). Zu den Stammautoren zählen neben Hennig auch Ursula Haverbeck-Wetzel und Arnold Höfs.

Die SdR ist als Nachfolgepublikation der 2008 ebenfalls verbotenen CH-Publikation Stimme des Gewissens zu sehen, die nach dem Verbot zunächst unter dem Titel Das Reich herausgegeben wurde. Die Namenswahl stellt die Nähe zum Dritten Reich heraus.

Finanzierung Verkauf der Publikation SdR und Spenden für die „Rechtskampfhilfe“⁴⁹

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Publikation Stimme des Reiches (SdR) beinhaltet überwiegend antisemitische, revisionistische und insbesondere NS-Verbrechen verharmlosende Inhalte, aber auch rassistische und fremdenfeindliche Positionen. Die Schrift richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, will den historischen Nationalsozialismus rehabilitieren und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland delegitimieren.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Indizierung und Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indizierte mehrere Ausgaben der Stimme des Reiches aus den Jahren 2014 und 2015 und sprach eine Vorausindizierung für die Zeit vom 27.11.2015 bis zum 26.11.2016 aus. Nach Ablauf der Frist ist in der zweiten Dezemberwoche die erste Ausgabe der Stimme des Reiches nach der Indizierung wieder erschienen.

Strafverfahren gegen Verantwortliche der Stimme des Reiches

In den Jahren 2014 und 2015 war die Publikation Stimme des Reiches Gegenstand eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens wegen Volksverhetzung gemäß § 130 StGB. Der Vorwurf

⁴⁹ Ziel der sogenannten Rechtskampfhilfe ist es, „den undemokratischen § 130 StGB, vor allem in Abs. 3 und 4 zu Fall zu bringen.“ Diese Hilfe basiert auf den Zielen des verbotenen VRBHV und umfasst die Forderung nach straffreier Meinungsäußerung im Zusammenhang mit der Holocaustleugnung (Volksverhetzung).

lautete auf Leugnung oder zumindest Verharmlosung des Holocausts und hatte im Rahmen der Ermittlungen die Beschlagnahmung von SdR-Ausgaben zur Folge.

Im Jahr 2016 fanden mehrere Strafverfahren gegen SdR-Verantwortliche statt. Am 20.10.2016 wurde Niels Fortmann für seine Tätigkeit als Administrator der Publikation im Internet vom Amtsgericht Nienburg rechtskräftig zu einer Haftstrafe von sechs Monaten gemäß § 130 StGB verurteilt. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Fortmann hatte sich nach Auffassung des Gerichts der Verbreitung von Schriften durch Mediendienste schuldig gemacht, die nach § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung leugnen oder verharmlosen und die geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu stören.

Am 21.11.2016 wurde Haverbeck-Wetzel vom Schöffengericht des Amtsgerichts Verden wegen Volksverhetzung gemäß § 130 StGB zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Haverbeck-Wetzel hatte in mehreren SdR-Beiträgen der Jahrgänge 2014 und 2015 die massenhafte Ermordung von Juden in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern geleugnet. So behauptete sie, dass „das Konzentrationslager Auschwitz kein Vernichtungslager, sondern ein Arbeitslager gewesen“ sei. Auch forderte sie u. a. in zwei offenen Briefen dazu auf, „forensische und nachprüfbare Beweise für die Vergasung der sechs Millionen Juden in Auschwitz vorzulegen“⁵⁰ und zu erklären, „... wo und wann ... die sechs Millionen Juden mit Zyklon-B vergast (wurden).“⁵¹ Noch im Gerichtssaal kündigte Haverbeck-Wetzel an, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Unter dem Leitsatz „NUR DIE WAHRHEIT MACHT EUCH FREI“ fanden sich mehr als 50 Unterstützer von Haverbeck-Wetzel vor und im Verhandlungssaal ein, darunter auch Hennig. Umfassend wurde zuvor im Internet unter der Überschrift „Facebook-Event: Ursula Haverbeck Prozeß – Die Deutsche Jugend schlägt zurück“ zum Besuch des „Schandprozesses gegen die deutsche Freiheitskämpferin Ursula Haverbeck“ aufgerufen.

Verschiedene Kreisverbände der Partei Die Rechte in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen pflegen eine enge Beziehung

50 Stimme des Reiches, Nr. 4, 2014, Seite 8 („An den Zentralrat der Juden in Berlin“).

51 Stimme des Reiches, Nr. 4, 2014, Seite 9 („An den Generalbundesanwalt in Leipzig“).

zu Haverbeck-Wetzel und unterstützen „die große Dame des deutschen Nationalismus“, die „Dissidentin der BRD“ und „unermüdliche Kämpferin für Meinungs- und Forschungsfreiheit“ im „Kampf um Deutschland“. Bereits am 27.08.2016 fand in Walsrode (Landkreis Heidekreis) eine „Solidaritätsveranstaltung für und mit Haverbeck-Wetzel anlässlich ihres aufopfernden Kampfes für Wahrheit und Gerechtigkeit und der anstehenden Gesinnungsprozesse“ statt. Teilnehmer waren bekannte Rechtsextremisten wie Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern), Markus Walter (Nordrhein-Westfalen/Verden) und Dieter Riefling (Raum Hildesheim).⁵²

Für das Verfahren wegen Volksverhetzung gemäß § 130 StGB gegen Hennig hatte das Amtsgericht Verden zwei Verhandlungstage vor dem Schöffengericht angesetzt. Da der Pflichtverteidiger zu Verhandlungsbeginn sein Mandat niederlegte, wurde das Verfahren ausgesetzt und kann erst im Jahr 2017 nach Bestellung und Einarbeitung eines neuen Pflichtverteidigers fortgeführt werden.

Holocaustleugnung im „Persönlichen Brief“

In mehreren Beiträgen der SdR-Ersatzpublikation „Persönlicher Brief“ (PB) leugnet Haverbeck-Wetzel die massenhafte Ermordung von Juden in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Im Hauptbeitrag der November-Ausgabe unter dem Titel „Verschwörungstheorie oder tatsächliche Planung“⁵³ stellt sie in bekannter reversionistischer Diktion die rhetorische Frage: „War das zwanzigste Jahrhundert das jüdische Jahrhundert?“ Ihre Antwort formuliert denn auch die Forderung nach einem „Ende dieses schrecklichen jüdischen Jahrhunderts, welches ein Jahrhundert der Lüge“ gewesen sei. Sie beschreibt in dem Artikel eine jüdische Weltverschwörung, die Deutschland bereits 1933 den Krieg erklärt hätte. Juden als „Angehörige eines Volkes, mit dem Deutschland sich im Krieg befindet“ habe man damals „zumeist fernab in Polen“ interniert und in Konzentrationslager gebracht. Weiterhin relativiert Haverbeck-Wetzel die Opferzahlen von



52 Siehe auch Kapitel 2.8.

53 Persönlicher Brief, November 2016, Seite 1ff.

Auschwitz, indem sie als vermeintlichen Beleg anführt, dass „dort Hunderttausende ihr Leben (verloren haben), jedoch in Auschwitz nicht vier Millionen, wie jahrzehntelang behauptet worden war, sondern etwa um dreihunderttausend, wie seit 2002 öffentlich zugegeben wurde.“

Im Beitrag „Das Ende des jüdischen Jahrhunderts“⁵⁴ spricht Haverbeck-Wetzel von einer „jüdischen Weltherrschaftsideologie“, in deren Zentrum seit Ende der siebziger Jahre der Holocaust stehe, welcher dazu diene, eine „moralische Berechtigung“ zu liefern, um die „Millionen vergaster Juden im Vernichtungslager Auschwitz“ zum „Symbol“ des Holocausts zu machen. Jedoch habe man dieses Argument aufgrund „einer Vielzahl von enttarnten, angeblichen Überlebenden dieses Schreckensortes und einer Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen“ widerlegen können. Hinzu kämen die mittlerweile veröffentlichten Standort- und Kommandanturbefehle von 1940 bis 1945, die das Institut für Zeitgeschichte in München veröffentlicht habe. Daraus sei zu entnehmen, „dass Auschwitz ein Arbeitslager für die Aufrechterhaltung der Rüstungsproduktion war und kein Vernichtungslager“, wie Haverbeck-Wetzel behauptet.

Eine ähnliche Argumentation vertritt auch der ehemalige CH- und VRBHV-Schatzmeister Arnold Höfs⁵⁵. In seinem Beitrag „Die Papstbriefe“⁵⁶ verweist er als Beleg auf den angeblichen Schriftverkehr von Papst Pius XII. an die deutschen Bischöfe in den Jahren 1939 bis 1944, um den Holocaust im Vernichtungslager Auschwitz zu leugnen:

„Im gesamten Schriftverkehr schimmert trotz guter Unterrichtung nicht im Entferntesten durch, dass es in den Lagern planmäßige Menschenvernichtungen gegeben hat wie z. B. die behaupteten Massenvergasungen in Auschwitz. Den zahllosen Priestern in den Lagern hätte so etwas nicht entgehen können ...“

54 Persönlicher Brief, November 2016, Seite 9ff.

55 Arnold Höfs (Springe, Region Hannover) war viele Jahre Schatzmeister der Europäischen Aktion (EA). In gleicher Funktion war er bereits Schatzmeister der 2008 verbotenen Vereine Collegium Humanum (CH) „Bauernhilfe“ und „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV).

56 Persönlicher Brief, Februar 2016, Seite 14.

Fremdenfeindlichkeit verbindet sich mit antisemitischen
Verschwörungstheorien im „Persönlichen Brief“

Im Beitrag „Unser Verbrechersyndikat“⁵⁷ verbindet Hennig antisemitische Verschwörungstheorien mit der Flüchtlingsthematik und konstruiert Bedrohungsszenarien. „Prostitution, Vergewaltigungen, Rauschgifthandel, Diebstahl und Raub“ seien an der Tagesordnung und würde somit letztlich das Recht auf Widerstand als „Notwehr“ legitimieren. Hilfesuchende Flüchtlinge werden verächtlich gemacht und pauschal als Kriminelle und Terroristen verunglimpft:

„Das dabei völlig ungeprüft radikale Islamisten, Berufsverbrecher, geistig Gestörte und Infektionsträger ins Land strömen, ist offensichtlich gewollt; die uns Deutschen angeborene Hilfsbereitschaft wird dabei hemmungslos missbraucht und das soziale Netz gezielt zerrissen.“

Hinter den Flüchtlingsbewegungen vermutet Hennig eine jüdische Verschwörung

„... jener Hintergrundmächte, welche die Weltherrschaft, die ‚one world‘ durch Vernichtung der Völker anstreben ... zur Ausrottung des deutschen Volkes im Wege der Vermischung mit Fremdrassigen.“

Migranten sind für Hennig „Verfügungsmasse“ und im Grunde „selbst Opfer“. Man müsse ihnen jedoch klar machen, „dass sie hier nicht willkommen sind und in ihre Heimat ehestmöglich zurückzukehren haben.“ In Anlehnung an ethnopluralistische Argumentationsweisen lehnt er jegliche Form von Integration ab, die seiner Ansicht nach „per definitionem Völkermord sowohl an den Migranten wie am deutschen Volk“ darstelle:

„Eine Integration (Eingliederung) darf unter keinen Umständen stattfinden. Diese würde uns und unserer Jugend den Platz und die Zukunft für immer stehlen – und den Migranten ihre völkische Identität (Nämlichkeit), was ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist.“

57 Persönlicher Brief, Februar 2016, Seite 5ff.

Antisemitismus, Holocaustleugnung und Fremdenfeindlichkeit
in der Stimme des Reiches

Hauptautor der einzigen SdR-Ausgabe im Jahr 2016 ist Hennig, der im Leitartikel „Blumen für die Angeklagte“⁵⁸ über die laufenden Gerichtsverfahren gegen Haverbeck-Wetzel wegen Volksverhetzung berichtet. Dabei handele es sich um „die üblichen politischen Schauprozesse, in welchen sich Wahrheit und Lüge gegenüberste-

hen“, so Hennig. Haverbeck-Wetzel habe doch lediglich aus Urteilen, historischen Dokumenten und (verbotenen) Büchern zitiert, deren Argumente sie vollinhaltlich übernehme. Als Beispiel nennt er das Buch „Der Auschwitz-Mythos“ des Holocaustleugners Wilhelm Stäglich. Unter dem Pseudonym Holger Hartung fordert Hennig im Beitrag „Eingeschlepptes Verbrechertum“⁵⁹ die rasche Rückführung der Flüchtlinge in ihre Heimatländer. In allen Beiträgen findet sich die Verbindung antisemitischer Verschwörungstheorien mit einer „Volkstod“-Rhetorik, in der sich Hennigs geschichtsrevisionistische Grundhaltung widerspiegelt, wenn er beispielsweise von einem „Langzeitplan“ des „politischen Zionismus“ spricht:



„Wir Deutschen haben leider den Krieg verloren – eine Jahrtausendkatastrophe nicht nur für das Deutsche Reich. Dieser Zweite Weltkrieg war, wie schon der Erste, der bislang leider erfolgreiche Versuch, Mächten den Weg zu ebnen, welche die Weltherrschaft erringen wollen, koste das, was es wolle – und nun droht der Dritte... Gegenwärtig läuft der letzte Akt zur Vernichtung des deutschen Volkes und der übrigen Völker Europas in Gestalt der Überflutung Deutschlands mit Raumfremden ...

Um die Welt beherrschen zu können, müssen diese Verbrecher zunächst die Völker beseitigen. Das geht durch Kriege, künstlich erzeugte Not und eingeschleppte Krankheiten. Am besten geht das durch das Einschleusen von Massen raumfremder Menschen, die somit als Waffe zum Einsatz kommen und gleich einem doppelten Zweck dienen: zum Einen entsteht durch Vermischung und Verdrängung eine neue, leicht zu manipulierende Mischbevölkerung, zum Anderen verschwindet die Selbstherrschaft der Nationalstaaten.“

(Stimme des Reiches, Dezember 2016, Seite 13 und 14)

58 Stimme des Reiches, Dezember 2016, Seite 1f.

59 Stimme des Reiches, Dezember 2016, Seite 8f.

Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen

Die Ersatzpublikation „Persönlicher Brief von Ursula Haverbeck“ wie auch die Stimme des Reiches (SdR) gelten als revisionistisches Sprachrohr vornehmlich früherer Protagonisten der im Jahr 2008 verbotenen Vereine Collegium Humanum (CH) und des Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV). Trotz staatlicher Maßnahmen wie Gerichtsverfahren und Indizierungen wurden weiterhin volksverhetzende Positionen verbreitet.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die als „Persönlicher Brief von Ursula Haverbeck“ bezeichnete Schrift wurde (vermutlich aus prozesstaktischen Gründen) ohne Impressum herausgegeben. Aufgrund des Erscheinungsbildes, der Diktion und der Autorenschaft wird sie als Ersatzpublikation für die von der BPJM für den Zeitraum vom 27.11.2015 bis zum 26.11.2016 indizierten und im Dezember erstmals wieder erschienenen Schrift SdR der rechtsextremistischen Organisation Freistaat Preußen gewertet. Die Auflage der Ersatzpublikation dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit in etwa der Zahl der SdR entsprochen haben.

In der SdR und ebenso in der Ersatzschrift werden Beiträge veröffentlicht, die den Nationalsozialismus verherrlichen und Antisemitismus propagieren. Der in Konzentrations- und Vernichtungslagern sowie an anderen Orten begangene Massenmord an Juden und anderen Personengruppen wird geleugnet und verharmlost. Ersatz- und Hauptpublikation geben verurteilten Holocaustleugnern eine Plattform, um ihre volksverhetzenden Ansichten zu publizieren.

In den Schriften werden Beiträge veröffentlicht, die aktuell insbesondere die Flüchtlingsthematik zum Anlass nehmen, um rechtsextremistisches und antisemitisches Gedankengut in der Gesellschaft zu verbreiten und um Hass gegenüber Juden und Asylsuchenden zu schüren. Gegen das „Versagen der Politik“ werden von den Autoren „Selbsthilfe“ und „Gegenwehr“ propagiert. Gerade junge Menschen mit fremdenfeindlichen Einstellungen könnten dies als Aufforderung zu gewalttätigen Aktionen gegen Asylsuchende oder Flüchtlingsunterkünfte verstehen.

2.11 Verein Gedächtnisstätte e. V.

Sitz / Verbreitung	Sitz der Gesamtorganisation: Seevetal (Landkreis Harburg); Kultur- und Tagungsstätte: Guthmannshausen (Thüringen)	
Gründung / Bestehen seit	1992	
Struktur / Repräsentanz	Vereinsvorsitzender: Wolfram Schiedewitz	
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: 50 ⇨	Land: 20 ⇨
Veröffentlichungen	Publikation: Veranstaltungsprogramm	

Kurzportrait / Ziele

Der Verein Gedächtnisstätte e. V. wurde 1992 in Vlotho (Nordrhein-Westfalen) gegründet. Erste Vorsitzende war die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel. Seit 2003 leitet Wolfram Schiedewitz aus Niedersachsen den Verein. Zielsetzung des Vereins ist die Errichtung einer „würdigen Gedächtnisstätte für die 12.000.000 deutsche(n) Opfer durch Bomben des Weltkrieges II, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern“.

Im August 2014 wurde eine solche Gedächtnisstätte auf dem Gelände des ehemaligen Rittergutes in Guthmannshausen (Thüringen) eingeweiht. Anwesend waren etwa 200 Rechts-extremisten, auch aus dem Ausland, u. a. Haverbeck-Wetzel, der Deutschlandleiter der Europäischen Aktion (EA), Dr. Rigolf Hennig. In seiner Rede kritisierte der Vorsitzende Schiedewitz eine angebliche Einseitigkeit deutscher Geschichtsbetrachtung. Bereits seit 2011 nutzt der Verein für seine Veranstaltungen das Kultur- und Tagungszentrum Guthmannshausen. Regelmäßig finden dort Vortragsveranstaltungen zu kulturellen und aktuellen Themen mit Zeitzeugen und Historikern statt, darunter auch bekennende Revisionisten und Holocaustleugner sowie Vertreter rechtsextremistischer und anderer im rechtsextremistischen Spektrum agierender Organisationen und Medien. In geschichtsrevisio-nistischer Manier werden deutsche Kriegsverbrechen relativiert und die Kriegsschuld des NS-Regimes geleugnet.



Finanzierung

Mitgliedsbeiträge (Fördermitgliedschaft), Spenden, Nachlässe
in geldwerter Form, Patenschaften für Gedenksteine

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die rechtsextremistische Ausrichtung des Vereins Gedächtnisstätte e. V. lässt sich aus der Beteiligung von Rechtsextremisten und der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten schließen. Durch die Relativierung der Opfer des NS-Regimes versucht der Verein, eine Revision der Geschichte zu betreiben. Darüber hinaus bietet er Rechtsextremisten eine Plattform für ihre Positionen.

Die Flüchtlingsthematik ist als wichtiges und verbindendes Element im gesamten Rechtsextremismus zu sehen. In den Vorträgen des Vereins Gedächtnisstätte e. V. wird die Migration und Integration von Flüchtlingen aufgegriffen und als „Umvolkung“ oder „Völkermord“ bezeichnet. Die Art und Weise, wie gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung agiert wird, steht dabei im Widerspruch zur deutschen Rechts- und Werteordnung und zum Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16 a Abs. 2 des Grundgesetzes.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Verein Gedächtnisstätte e. V. organisierte im Jahr 2016 monatliche Vortragsveranstaltungen sowie im August ein Sommerfest, in dem sich nach eigenen Angaben der „Geist der Versöhnung“, der „unbedingte Wille zur Behauptung unserer Art“ und der „Geist der geschichtlichen Wahrheitsfindung“ gezeigt hätten.⁶⁰ Daneben stellte er anderen rechtsextremistischen Organisationen seine Räumlichkeiten für Veranstaltungen zur Verfügung. So berichtete beispielsweise das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ unter der Überschrift „Unter Freunden – Sommerfest in Guthmannshausen“⁶¹ vom Sommerfest des „Freundeskreises Udo Voigt“ (NPD) im Juli auf dem Vereinsgelände und betonte, dass „ein besonderer Akzent“ auf der europäischen Vernetzung gelegen habe. In seiner Festrede hatte Schiedewitz zur Einigung und Bündelung aller Kräfte des patriotischen Widerstandes aufgerufen.

⁶⁰ Weihnachtshrundschreiben 2016 vom 22.11.2016.

⁶¹ Deutsche Stimme, September 2016, Seite 9.

Agitation gegen „Überfremdung“ und „Politikversagen“

In den Rundschreiben des Vereins äußerte sich Schiedewitz zur Agitation gegen „Überfremdung“ und „Politikversagen“. Ziel des Vereins Gedächtnisstätte e. V. sei es deshalb, die Trauer um die Toten des Zweiten Weltkrieges mit der „Aufklärung über die wahren Ursachen und Zielsetzungen in unserem Land“ und dem „konzentriert vorgetragene(n) Protest gegen die jetzige unverantwortliche Politik“ zu verbinden.⁶² Der Verein unterstütze in der Flüchtlingsthematik „die wachen Mitmenschen“ von Pegida und anderen Gruppierungen, die wöchentlich auf die Straße gingen.⁶³ In seinem Weihnachtsrundschreiben äußerte sich Schiedewitz zu diesem „Abwehrkampf“, der über das Internet die „kritischen Geister“ vernetze und „auch parteipolitisch ... unsere Beachtung und Unterstützung“ verdiene.⁶⁴

Antisemitische Verschwörungstheorien suggerieren eine „Überflutung“ mit „Invasoren“

In seinen Rundschreiben⁶⁵ versteht Schiedewitz die aktuelle Politik als „einen unmittelbaren Angriff auf unsere Identität als Volk ..., (in der) der Hooton Plan von 1943 in seine Endphase getreten ist.“ Diese antisemitischen Verschwörungstheorien finden ihre Fortsetzung in den Aussagen über eine angeblich gesteuerte und bereits seit langem geplante „Überflutung unseres Landes mit Immigranten“. Schiedewitz sieht Deutschland im „Krieg“, dessen Ziel die „Umzüchtung der Deutschen“ und der Zerstörung des „deutschen Nationalismus“ sei. Allerdings hätten das viele Menschen in Deutschland noch nicht begriffen, weil dieser Krieg mit völlig anderen Mitteln geführt werde, mit „Rassismus pur gegen unser Volk und alle anderen Völker Europas“.

62 Vorwort Programm im 2. Halbjahr 2016.

63 Sommerrundschreiben 2016 vom 02.07.2016.

64 Weihnachtsrundschreiben 2016 vom 22.11.2016.

65 Sommerrundschreiben 2016 vom 02.07.2016 und Weihnachtsrundschreiben 2016 vom 22.11.2016.

Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Organisationen

Der Verein Gedächtnisstätte e. V. verfügt über diverse Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen, u. a. zur Schlesischen Jugend e. V. (SJ), zum Freundschafts- und Hilfswerk Ost e. V. (FHwO) und zur Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO), aber auch zur NPD, zu neonazistischen Freien Kräften und zur Europäischen Aktion (EA). Diese Kontakte zeigen die Bemühungen des Vereins, ein organisationsübergreifendes Netzwerk aufzubauen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Unter dem Deckmantel des Gedenkens an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges agitiert der 1992 gegründete rechtsextremistische Verein Gedächtnisstätte e. V. gegen den demokratischen Verfassungsstaat und versucht, geschichtsrevisionistisches Gedankengut in demokratische Bevölkerungskreise zu transportieren. Hierzu organisiert er regelmäßig im Kultur- und Tagungszentrum in Guthmannshausen Vortragsveranstaltungen mit Zeitzeugen und Historikern, aber auch mit jungen Aktivisten rechtsextremistischer Gruppierungen.

Schiedewitz sieht die Gedächtnisstätte als „historisch zu nennenden Ort, der den Willen patriotisch gesinnter Bürger dieses Landes symbolisiert, unsere Geschichte und die dafür gebrachten Opfer an Leib und Leben, Hab und Gut im historisch unangreifbaren Lichte darzustellen.“⁶⁶ Schiedewitz bietet die Gedächtnisstätte allen an, die Schwierigkeiten haben, aufgrund ihrer Gesinnung, Parteizugehörigkeit oder entsprechender Organisation einen geeigneten Treffpunkt zu finden.

Das Rittergut in Guthmannshausen stellt somit ein rechtsextremistisches Veranstaltungs- und Schulungszentrum dar, dessen Vernetzung durch die vielfältigen Verbindungen des Vereins zu rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien sowie in die rechtsextremistische Skinhead- und Kameradschaftsszene belegt wird. Beispiel hierfür ist die beachtliche Teilnehmerzahl von Vertretern rechtsextremistischer Organisationen bei den Einweihungsfeierlichkeiten im August 2014.

66 Sommerrundschreiben 2016 vom 02.07.2016.

2.12 Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund

Im Jahr 2004 hat das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport eine Beauftragte/einen Beauftragten für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund bestellt. Die Tätigkeit der beauftragten Person ist seit 2007 eingebunden in das Beratungskonzept des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zur „Förderung von Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in den Kommunen“.

Seit einer Reihe von Jahren versuchen Rechtsextremisten Immobilien zu erwerben, die dafür geeignet sind, in ihnen Schulungen und Veranstaltungen durchzuführen, und die als örtliche Treffpunkte oder Anlaufstellen dienen können. Nicht immer steht hinter dem Interesse an einer Immobilie jedoch auch eine reale Kaufabsicht. Häufig nutzen Rechtsextremisten das Bekanntwerden ihrer angeblichen Kaufabsicht, um sich in den Medien zu profilieren und um finanzielle Vorteile zu erzielen. Denn oftmals führt der öffentliche Protest gegen einen Immobilienkauf durch Rechtsextremisten dazu, dass Kommunen sich gezwungen sehen, ihr Vorkaufsrecht auszuüben oder das Objekt freihändig zu erwerben – nicht selten zu einem unangemessenen, hohen Preis.

Bei solchen politisch motivierten Scheingeschäften kann es vorkommen, dass der Verkäufer an die Rechtsextremisten für ihre „Bemühungen“ eine Provision zahlt. Es ist davon auszugehen, dass Rechtsextremisten weiterhin – zur Verbreiterung ihrer Basis und damit zur Festigung ihrer Strukturen – Interesse am Erwerb von Immobilien haben. Insbesondere Leerstand-Immobilien in strukturschwachen ländlichen Räumen dürften als günstig zu erwerbende Objekte die Aufmerksamkeit von rechtsextremistischen Vereinigungen aber auch Einzelpersonen erwecken.

Reale Kaufabsichten und Scheingeschäfte sind allerdings im Einzelfall schwer zu unterscheiden. Auch die rechtlichen Möglichkeiten der Kommunen und staatlichen Stellen variieren von Fall zu Fall. Wesentliche Aufgaben der beauftragten Person sind daher die Weitergabe vorhandener Erfahrungswerte, die rechtliche Beratung der betroffenen Kommunen, die Koordinierung der beteiligten Behörden und die Vermittlung von Kontakten zu sachverständigen Stellen.

Kontakt

Telefon: 0511/6709-282

E-Mail: immobilien@verfassungsschutz.niedersachsen.de